

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: jährlich 3,00 Mk., monatlich 25 Pf., vierteljährlich 75 Pf., drei und fünf Monate 2,00 Mk., sechs Monate 2,50 Mk., ein Jahr 3,00 Mk. (Postgebühren eingeschlossen).
 Einzelhefte 10 Pf. (Postgebühren eingeschlossen).
 Unter Preisband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 Mk., für das übrige Ausland 3,00 Mk. pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Interaktions-Gebühr
 Beträgt für die sechsbeständige Anzeigenzeit oder deren Raum 60 Pf., für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichtigungs-Anzeigen 80 Pf., „Kleine Anzeigen“, das fertige Gedruckte 20 Pf., (zwei bis fünf Zeilen) jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenanzeigen und Exkurs-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. Sonntag, den 8. Juli 1917. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die innere Krise.

Wahrheit und Freiheit.

Der „Vorwärts“ hat in seiner gestrigen Ausgabe von plöblich entstandenen Schwierigkeiten der inneren Lage gesprochen, er hat auf das Bestehen eines krisenhaften Zustandes der Reichspolitik hingewiesen, und er hat aus diesen Tatsachen die entsprechenden Folgerungen gezogen.

Inzwischen haben andere Blätter Mitteilungen aus den vertraulichen Verhandlungen des Haushaltsausschusses gemacht, die unsere Darstellung nicht nur bestätigen, sondern auch den Anstoß dieser neuesten Entwicklung aus dem Dunkel der Kommissionsberatungen ans Licht ziehen. Es ist richtig, daß es ein Bekenntnis des Zentrumsabgeordneten Erzberger war, das den Verhandlungen eine hochdramatische Wendung gab und einen Umschwung der gesamten politischen Lage einzuleiten schien.

Erzbergers Rede wirkte darum so stark, weil durch sie die scheinbare Isolierung, in der sich die Sozialdemokraten mit ihrer Stellung zur Kriegszielefrage befanden, durchbrochen wurde. Sie wirkte nicht als das Bekenntnis eines Einzelnen, sondern als Anzeichen eines allgemeinen Umschwungs der Auffassungen. In ihren Worten hörte man etwas misstern und knackernd zusammenbrechen, aber was da zusammenbrach, war ein Gebäude der Illusionen, das nie hätte errichtet werden sollen. Erzbergers Rede brauchte nicht als Geheimnis behandelt zu werden. Sie enthält ihr Wesentliches nichts, was nicht schon von den Sozialdemokraten in öffentlicher Sitzung gesagt worden ist.

Die „Deutsche Tageszeitung“ überschreibt den Artikel, den sie diesen Vorgängen widmet: „Sein oder Nichtsein“. Diese Überschrift ist vollkommen richtig; für die „Deutsche Tageszeitung“ und die von ihr betriebene Politik ist diese Frage allerdings aufgeworfen, und nicht nur aufgeworfen, sondern sogar beinahe schon entschieden. Das Urteil lautet auf Nichtsein und ist daher allerdings geeignet, die „Deutsche Tageszeitung“ mit Verzweiflung zu erfüllen, es wird aber von weiteren Kreisen mit mehr Gelassenheit aufgenommen werden. Die „Deutsche Tageszeitung“ sieht die Sache des Reiches als verloren an, sobald der alldeutschen-konserverative Einfluß auf den Gang der Reichspolitik ausgegallert wird. Wir erlauben uns der gegenteiligen Meinung zu sein und auszusprechen, daß das Reich dadurch nicht verliert, sondern gewinnt.

Einstweilen freilich müssen wir noch immer unter dem Schaden leiden, der durch die falsche Identifizierung des deutschen Volkes mit den Alldeutschen angerichtet worden ist. Weil die Alldeutschen wie aus allen Himmeln gefallen sind und weil sie große Redensarten machen von verlorenen Nerven, Scherben und geschaukelten Gräbern, muß tatsächlich im Auslande der Eindruck entstehen, als stehe Deutschland am Rande der Verzweiflung. Man wird sich also nicht wundern dürfen, wenn die chauvinistische Heppresse des Auslandes den Jammer der Alldeutschen zu neuen Aufreizungen der feindseligen Siegeszuversicht ausnützen wird. Aber auch dieser Illusionsbau steht auf morschem Grunde.

Wie stehen die Dinge in Wirklichkeit? Die Mehrheit des Reichstages scheint eingesehen zu haben, daß man auch im Kriege mit der Wahrheit am weitesten kommt. Wahrheit ist, daß wir die Gegner nicht vernichten können, und daß sie uns nicht vernichten können. Wahrheit ist, daß wir unter diesem Kriege entsetzlich leiden und daß für unsere Gegner genau dasselbe gilt. Wahrheit ist, daß das deutsche Volk von dem leidenschaftlichen Streben erfüllt ist, diesem sinnlosen Völkergemegele ein Ende zu machen und daß sich alle anderen zivilisierten Völker genau so nach dem Frieden sehnen wie das deutsche Volk.

Unter denen, die heute so denken, befinden sich viele, die nicht — wie wir Sozialdemokraten — jede Annexionspolitik von vornherein grundsätzlich ablehnen. Die bisher unsichtbar gebliebene Reichstagsmehrheit wird also, wenn sie in Erscheinung treten sollte, aus durchaus verschiedenartigen Elementen bestehen. Was sie zusammenhalten kann, ist nicht eine theoretische Übereinstimmung, sondern die realpolitische Erkenntnis, daß dieser Krieg nur unter Wahrung des Grundgesetzes vom 4. August „Uns treibt nicht Eroberungslust“ zum notwendigen Abschluß gebracht werden kann.

Können es nicht den Versuch, unsere Gegner zu einer Politik der Aufrichtigkeit zu zwingen, indem wir selbst eine solche Politik treiben? In Rußland hat sich diese Politik schon durchgesetzt. Und wenn die junge russische Republik auf militärische Anstrengungen stolz ist, die unter solchen Umständen zu vollbringen in der Tat nichts Geringes war, so hat sich in Rußland doch schon längst die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß sich dieser Krieg als Eroberungskrieg nur auf den Trümmern der ganzen menschlichen Kultur beenden läßt. In Frankreich und England dagegen hat man bisher von

einer Politik der täuschenden Stimmungsmache nicht ablassen wollen. Man spricht dort immer noch von dem unmittelbar bevorstehenden Endsieg, der „mathematisch gewiß“ ist, und rechnet Termine aus, um sie stillschweigend zu verlängern und neue zu berechnen. Solche kriegsverlängernde Wandler von der Gegenseite her mitzumachen, ist ein schwerer politischer Fehler, und wenn damit gebrochen wird, so wird das ein Gewinn für alle sein!

Denn das Aufgeben solcher Selbsttäuschungen hat zur unabweislichen Folge, daß die Lösung des Friedensproblems nicht auf dem Boden militärischer Machtpolitik, sondern auf dem internationalen völkerrechtlichen Grundsätze gesucht werden muß, und nur auf ihm läßt sich ein dauerndes Gebäude errichten.

Hand in Hand mit einer Reinigung der europäischen Atmosphäre muß eine Befreiung der Völker von überlebten Einrichtungen und beschränkenden Fesseln des öffentlichen Lebens gehen. Daß in dieser Beziehung auch außerhalb Deutschlands noch vieles zu tun, verlernen wir nicht. Gerade die nationalstatische Presse Deutschlands, die doch sonst nicht so war, hat in der letzten Zeit mit dem jungen Eifer einer neugeborenen — ach leider nur für das Ausland gewonnenen — sozialistischen Erkenntnis die Kammerherrschafft in fremden Ländern an den Pranger gestellt. Wir werden uns freuen, wenn sie fällt, aber wir wollen nicht in anderer Leute Häuser, sondern in unserem eigenen nach dem Rechten sehen, und da müssen wir bekennen, daß es an manchem fehlt.

In dem Verhältnis der Parlamente zu den Regierungen, in der Gestaltung des Wahlrechts zu den Landtagen und Gemeindervertretungen besitzen wir Einrichtungen, die hinter der Entwicklung anderer Völker weit zurückgeblieben sind. Die müssen weg! In dem freibeiwilligen Ausbau seiner inneren Zustände darf das deutsche Volk hinter anderen Völkern nicht länger zurückbleiben!

Wahrheit und Freiheit, das sind die Grundlagen des Friedens! Das sind die Stützen der neuen menschlichen Gesellschaft!

Konferenzen.

Der Kaiser hat sich gestern nach seinem Entreffen in Berlin vom Bahnhof aus zum Reichskanzler begeben und dessen Vortrag entgegengenommen. Schon zuvor waren Hindenburg und Ludendorff in Berlin eingetroffen, wo sie den Kaiser erwarteten, um ihm militärischen Vortrag zu halten.

Die Sozialdemokraten und der Reichskanzler.

Die bürgerliche Presse bringt eine Notiz über eine Unterredung einer sozialdemokratischen Fraktionsvertretung mit dem Reichskanzler. Zu dieser Notiz, die zu Zwecken eines durchsichtigen Wanders stilliert und verbreitet zu sein scheint, wird uns vom Fraktionsvorstand berichtet:

„Es ist richtig, daß Freitag abends fünf Vertreter unserer Fraktion mit dem Reichskanzler eine Besprechung hatten, in der aktuelle wirtschaftliche und politische Fragen erörtert wurden. Was in der Presse über ein Ultimatum, über Verhandlungen zur Einführung des parlamentarischen Systems und sofortige Ernennung von führenden Abgeordneten aller Parteien zu Ministern und Staatssekretären“ berichtet wird, macht der Phantasie des Berichtserstatters alle Ehre, steht aber mit der Wahrheit im Widerspruch.“

Zur selben Angelegenheit meldet Wolffs Telegraphenbureau: In der Presse wird die Nachricht verbreitet, daß die sozialdemokratischen Parteiführer dem Reichskanzler gestern ein politisches Ultimatum gestellt hätten. Diese Darstellung ist falsch. Die Sozialdemokraten haben ebenso wie andere Parteien mit dem Reichskanzler eine Aussprache über die allgemeine Lage gehabt und dabei insbesondere ihre Wünsche zur Friedensfrage und zur Frage des preussischen Wahlrechts vorgetragen. Andere spezielle Gegenstände sind bei der Erörterung nicht behandelt worden. Von einem Ultimatum war keine Rede.

Hauptauschuß des Reichstages.

Am Sonnabend hatte sich eine große Zahl von Abgeordneten im Sitzungssaale des Hauptauschusses eingefunden, da erwartet wurde, daß es zu einer überaus bedeutungsvollen politischen Aussprache kommen werde.

Zunächst sprachen der Kriegsminister und der Staatssekretär des Reichsmarineamts, letzterer, um auf die Ausführungen des Abg. Erzberger in voriger Sitzung zu antworten.

Hierauf schlug der Vorsitzende, Abg. Spahn, vor, die politische Aussprache von jetzt ab auf den entscheidenden Punkt zu beschränken: welche Schlussfolgerungen aus der gegenwärtigen politischen Lage zu ziehen seien. Aus diesem Grunde regte er an, eine neue Rednerliste zu führen. — Abg. Dittmann (Unabh.) erhob

dagegen Einspruch; er sei der nächste Redner und es liege kein Anlaß vor, die Rednerliste zu ändern, auch wenn man jetzt die Aussprache auf einen Punkt beschränke. Er müsse daher annehmen, daß nur deshalb die Rednerliste geändert werden soll, damit er nicht als erster zum Wort kommen könne. Der Ausschuh beschloß aber, nach dem Vorschlage des Vorsitzenden zu verfahren.

Hierauf erwiderte zunächst Abg. Erzberger auf die Ausführungen des Staatssekretärs des Reichsmarineamts. Dann nahmen die einzelnen Parteien Stellung zu der gegenwärtigen Lage und zwar Abg. Scheidemann für die Sozialdemokraten, Graf Westarp für die Konservativen, Gothein für die Freisinnige Volkspartei, Prinz Schönau-Carolath für die Nationalliberalen.

Der Reichskanzler antwortete dann in eingehender Weise. — Darauf folgten die Abgg. Warmuth (Dt. Part.) und Dittmann (Unabh.). Gegen 2 Uhr wurde die Sitzung auf Montag vertagt. Die Verhandlungen waren vertraulich.

Um Mazedonien.

Eine Antwort an Herrn Hermann Wendel von D. Rizoff, Königlich bulgarischer Gesandter, Berlin.

Wir geben auch die uns zugegangene Entgegnung des hiesigen bulgarischen Gesandten auf den gleichbetiteltten Aufsatz des Genossen Wendel, wie diesen selbst, als Beitrag zur Diskussion über das mazedonische Problem wieder. (Red. v. „Vorw.“.)

Unter dem obigen Titel hat der „Vorwärts“ in der Nummer vom 2. d. M. einen Artikel von Herrn Hermann Wendel veröffentlicht, der eine Entgegnung erfordert. Dies um so mehr, als ein ähnlicher Aufsatz desselben Verfassers bereits in dem Wochenblatt „Die Glocke“ publiziert und von der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ nachgedruckt worden ist, der in Bulgarien allgemeine Entrüstung hervorgerufen hat. Ich bitte nun im Namen der objektiven Wahrheit um freundliche Aufnahme der folgenden Erwidernng.

Aus leicht begreiflichen Gründen werde ich die heikle Frage der „Kriegsziele Bulgariens“ beiseite lassen und ein Gleiches hinsichtlich der historischen Rechte der Bulgaren auf Mazedonien tun. Ja noch mehr: Ich werde mich weder auf bulgarische ethnographische Karten noch Statistiken berufen.

Sind die Slawen in Mazedonien Serben oder Bulgaren?

Das ist die Frage, die Herr Wendel in seinem Aufsatz hauptsächlich behandelt, indem er sich bemüht, den Nachweis zu führen, daß sie weder Serben noch Bulgaren seien, um so seine Lieblingshefe aufrecht erhalten zu können, daß sie ebenso gut zu den Serben gehören können, wie zu den Bulgaren.

Ich bedauere, zu der Äußerung gezwungen zu sein: Diese Frage stellen und im Sinne des Herrn Wendel entscheiden, konnte bloß jemand, dessen Fuß Mazedonien niemals betreten hat, der die mazedonische Geschichte der letzten 70 Jahre nicht kennt, der nichts von der maßgebenden Literatur über Mazedonien gelesen, noch irgend eine ethnographische Karte — die serbischen und bulgarischen aus der neueren Zeit ausgenommen — angesehen hat. Wenn Herr Wendel alles das kennen würde, dann hätte er als intelligenter und ehrenhafter Mann seine Aufsätze über Mazedonien nicht geschrieben.

Herr Wendel ist irreführt worden, wenn er behaupten kann, die sogenannten mazedonischen Slawen seien weder Serben noch Bulgaren. Ich will hier die bekanntesten Beweise kurz erwähnen, die keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß die bulgarische Nationalität der „mazedonischen Slawen“ seit Jahrhunderten nachgewiesen und zugegeben ist. Und was für Herrn Wendel eine Ueberraschung sein wird, ist die paradoxe Tatsache, daß die Serben selbst zuerst das Vulgarentum der „mazedonischen Slawen“ anerkannt haben.

Hier die Beweise:

Beginnen wir mit der geschichtlichen Tatsache, daß die serbischen Könige während der kurzen Serbenherrschaft in Mazedonien den Titel „König der Serben und der Bulgaren“ führten, was offenbar erweist, daß die serbischen Könige selbst ihre mazedonischen Untertanen als Bulgaren betrachteten.

Der letzte serbische Patriarch von Ipek, Wasilij Brtitich, hat 1771 auf Verlangen des russischen Admirals Fürst Orloff eine „Schilderung der türkischen Provinzen“ verfaßt, in der er unter anderen interessanten Dingen schreibt: „... Da die Bulgaren in ganz Mazedonien viel zahlreicher sind als die Türken, sprechen die letzteren auch die bulgarische Sprache.“

Nach Brtitich hat Bul Karabitsch (1787/1864), der Begründer der serbischen Schriftsprache und Rechtschreibung, ein hervorragender serbischer Ethnograph, Philologe und Geschichtsforscher, die bulgarische Nationalität der mazedonischen Slawen

bestätigt, sogar auch die der Bewohner des Timokates in Serbien.

Später war es der serbische Historiker Dimitri Dabowitsch, der im Jahre 1848 in seiner Serbischen Geschichte und seiner ethnographischen Karte hervorhob, daß Mazedonien nicht von Serben bewohnt sei.

Ebenso zeigt die vom serbischen Professor Dejarden 1853 veröffentlichte Sprachenkarte Mazedonien außerhalb „Serbiens und der Länder, in denen man die serbische Sprache spricht“.

Schließlich sind der regierende Fürst von Serbien Michailo Obrenowitsch und seine Regierung 1867 mit dem „Bulgarischen Revolutionskomitee in Bukarest“ in Verhandlungen eingetreten zur Gründung eines südslawischen Reiches, das aus dem Fürstentum Serbien und dem Fürstentum Bulgarien (Nordbulgarien, Thrazien und Mazedonien umfassend) bestehen sollte.

Außer den Serben gibt es eine Plejade von Forschern aller vorgezeichneten Völker Europas, die in der Türkei, Land und Leute studierend, Reisen gemacht und gelebt haben; sie stellen fast einstimmig die unbestreitbare Tatsache fest, daß die christliche Mehrheit in Mazedonien bulgarischen Stammes ist. Alle diese Gelehrten haben ihre Werke zwischen 1840 und 1877 geschrieben, als noch kein bulgarischer Staat bestand, der sie hätte beeinflussen oder durch Subsidien gewinnen können. Sie sind Autoritäten auf ihrem Gebiete und man kann beinahe alle ihre Namen in den encyclopädischen Wörterbüchern finden. Ich gestatte mir, die berühmtesten hier anzuführen: Die Franzosen Bouaueville, Cousinerey, Ami Boué, Lejean und Elisee Reclus; die Deutschen Griesebach, Rieppert und Professor Weigand; die Oesterreicher von Sahn und Karl Sax; die Engländer Tozer, Madenzie, Irby und Traillford; die Tschechen Schafarik, Erben, Prof. Dr. A. Jirecek und Prof. Niederle; die Russen Grigorowitsch, Dillering, Rafuschew, Mikowitsch, Teplow, Wassilakoff, Prof. Kondakoff, Prof. Derjavin und B. Wilsulom. Herr Wendel kann viele ihrer Werke in der königlichen Bibliothek in Berlin (Unter den Linden 88) finden und ich stelle mich zur Verfügung, ihm die anderen zu verschaffen. Im übrigen wird am Ende dieses Monats hier ein Atlas mit 40 historisch-ethnographischen und politischen Werken des bulgarischen Volkes erscheinen — vornehmlich Faksimile-Reproduktionen von Karten der erwähnten Forscher. Herr Wendel kann im Atlas blättern, damit er sich überzeuge, daß er bezüglich der Nationalität der „mazedonischen Slawen“ in einem Irrtum befangen ist.

Von den unparteiischen und uneigennütigen Befundungen so hervorragender Männer abgesehen, ist die bulgarische Nationalität der sogenannten „mazedonischen Slawen“ durch Tatsachen erwiesen, die noch in anderer Weise von überzeugender Schlagkraft sind.

In erster Linie steht die historische Tatsache: Das Slawische Alphabet, „Kyrilliza“ genannt, ist von zwei bulgarisch-mazedonischen Aposteln, Kiril und Method, erfunden worden, deren Andenken als Heilige und Missionare bloß vom bulgarischen Volke gefeiert wird. Sie haben auch die Bulgaren und viele andere Slawen zum Christentum bekehrt. Alle ihre Jünger, die im 9. und 10. Jahrhundert die altbulgarische Literatur geschaffen haben, waren Bulgaren, und die meisten von ihnen mazedonische.

Als 1018 der byzantinische Kaiser Basilius II. Bulgarien unterwarf, gelang es die Unabhängigkeit der bulgarischen Nationalität zu retten, die ihren Sitz in der Stadt Odrina (im westlichen Mazedonien) hatte und fast ganz Mazedonien und einen großen Teil von Albanien, Bulgarien und sogar Serbien umfaßte. Das bulgarische Patriarchat in Odrina, 1020 gegründet, hat bis 1767 bestanden; damals wurde es auf Betreiben des griechischen Patriarchates in Konstantinopel unterdrückt. Von dieser Zeit an bis zu Gründung des bulgarischen Exarchates trugen die griechischen Metropolitane fast überall in Mazedonien Titel, die darauf hinwiesen, daß sie zugleich bulgarische Metropolitane waren.

In neuerer Zeit hat die Wiedergeburt des ganzen bulgarischen Volkes im Mazedonischen ihren Anfang genommen, und zwar durch mazedonische Bulgaren. So ist das erste bulgarische Buch „Geschichte des bulgarischen Volkes“, womit diese Wiedergeburt einleitet, im Jahre 1762 im Kloster Chilenbar (auf dem Berge Athos in Mazedonien) von einem mazedonisch-bulgarischen Mönch Baisly geschrieben worden. Und im Anfang des 19. Jahrhunderts sind es wieder mazedonische Bulgaren, die die ältesten bulgarischen Bücher der neuen Epoche verfaßt haben. Ein mazedonischer Bulgare hat auch 1840 in Saloniki die erste bulgarische Druckerei gegründet.

Im Anfang der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist das gesamte bulgarische Volk in den Kampf zur Befreiung vom kirchlichen Joch des griechischen Patriarchats in Konstantinopel und um Erlangung von nationalen Schulen eingetreten. An diesem Kampf haben die Bulgaren Mazedoniens brüderlich Anteil genommen und ihn mit mehr Erbitterung geführt, wie ihre Brüder in Bulgarien und Thrazien. Mazedonische Bulgaren, die vorübergehend in Konstantinopel lebten, bildeten die Ueberzahl derjenigen, die bei der hohen Worte gegen das griechische Patriarchat Kundgebungen machten. Dieser lange und hartnäckige Kampf endete 1870 siegreich mit der Schaffung des bulgarischen Exarchats. In der konstituierenden Versammlung des Exarchats war fast ganz Mazedonien durch besondere Abgeordnete vertreten und von den damaligen bulgarischen Metropolitane bestand beinahe die Hälfte aus Mazedoniern. Eine bemerkenswerte Tatsache: Das amtliche Serbien hat die Gründung des bulgarischen Exarchats, das auch Mazedonien betraf, gefördert, wobei es zugleich dafür arbeitete, daß Bosnien und die Herzegowina unter der Jurisdiktion des griechischen Patriarchats verbleibe.

Was aber an dieser Debatte entscheidend und Herrn Wendel gewiß unbekannt ist: die Frage der Nationalität der Bulgaren in Mazedonien ist durch ein Plebiszit entschieden worden. Ja, durch eine wirkliche, amtliche und strenge Volksabstimmung, die die türkische Regierung unter griechischer Kontrolle zwischen 1870 und 1876 — also ehe der bulgarische Staat gegründet war — vorgenommen hat. Dieses Plebiszit erfolgte auf Grund des Artikels 10 des Kaiserlichen Fernmans, der das bulgarische Exarchat ins Leben rief. In dem ersten Teil dieses Artikels sind alle bulgarischen Diözesen aufgezählt, die das Anrecht auf einen bulgarischen Metropolitan besitzen, und im zweiten Teil desselben Artikels hieß es, daß alle anderen Diözesen gleichfalls ihren bulgarischen Metropolitan haben können, wenn eine Volksabstimmung feststellen wird, daß zwei Drittel der christlichen Bevölkerung dieses wünscht. Und auf Grund der Ergebnisse dieser Volksabstimmung hat fast das ganze Mazedonien auch das Recht auf bulgarische Metropolitane bekommen. Ich lenke die Aufmerksamkeit des Herrn Wendel auf die höchst suggestive Tatsache, daß dieses Plebiszit nicht bloß das Vorhandensein einer bulgarischen Mehrheit unter den

Starker vergeblicher Franzosenangriff vom Cornillet bis zum Hochberg. — Der neue Russenangriff in Ostgalizien überall eine Niederlage. — Russische Vorstöße in den Karpathen.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 7. Juli 1917. (B. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht
Gute Beobachtungsmöglichkeit steigerte gestern den Artilleriekampf in einigen Abschnitten der sandrischen und Artois-Front zu erheblicher Stärke.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.
Das durchweg lebhafteste Feuer verdichtete sich besonders bei Cerny, am Aisne-Marne-Kanal und in der westlichen Champagne. Nach schlagartig einsetzender Artilleriewirkung griffen die Franzosen mit starken Kräften vom Cornillet bis zum Hochberg an. Südöstlich von Rouroy wurde der Angriff durch Feuer und im Nahkampf durch Gardetruppen abgewiesen. Am Hochberg wurde der Gegner, der in Teile des vorderen Grabens eingedrungen war, durch kraftvollen Gegenstoß eines hannoverschen Regiments vertrieben. Hier stehen die Franzosen erneut vor und brachen nochmals ein. Wiederum wurden sie durch Gegenangriffe und in erbitterten Kämpfen Mann gegen Mann völlig zurückgeworfen.

Erkundungsvorstöße am Brimont und bei Cernay-en-Dormois brachten uns eine größere Zahl von Gefangenen ein.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.
Bei vielfach auflebendem Feuer keine größeren Geschehnisse.

Bei Tage und bei Nacht war die Flugtätigkeit sehr reger. 8 feindliche Flugzeuge und 1 Hellschiff wurden abgeschossen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.
Front des Generalfeldmarschalls
Prinz Leopold von Bayern.
Heeresgruppe des Generaloberst v. Bachm-Ermolli.

Die Schlacht in Ostgalizien hat gestern zu einer äußerst blutigen Niederlage der Russen geführt.

Nach mehrstündigem starken Zerstörungseifer setzte am frühen Morgen der russische Angriff zwischen Kosjuch und Lawnylowce ein. Mit immer neu in Feuer geworfenen, tief gegliederten Kräften härmten die russischen Divisionen gegen unsere Front. Bis zum Mittag wiederholte der Feind seine Angriffe. Sie sind sämtlich unter den schwersten Verlusten zusammengebrochen. Auch die Verwendung von Panzerkraftwagen blieb für die Russen nutzlos; sie wurden zertrümmert. Gegen die zurückstehenden Massen griffen unsere Jagdmaschinen aus der Luft ein; bereitgestellte Kavallerie wurde durch Fernfeuer zerstört.

Später griff der Feind in seine Opfer schreudendem Sturm weiter nördlich bis zur Bahn Buczow-Tarnopol und zwischen Saitow und Zwyzyn an. Auch hier kam er nicht vorwärts; überall er worden.

Bei Brzezanj und Stanislaw sowie an einigen Stellen im Karpathen-Vorland sind gleichfalls starke russische Angriffe verlustreich gescheitert.

Erdentete Befehle in französischer Sprache zeigen, von wem das russische Heer zum Angriff getrieben wurde, der ihm feinerer Erfolg gebracht, es dagegen blutigste Opfer gekostet hat.

Rheinische, baltische, thüringische, sächsische und österreich-ungarische Truppen teilen sich in die Ehre des Schlachtages.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph

In den Karpathen vielfach rege Geschiehtstätigkeit; an mehreren Stellen wurden Vorstöße der Russen zurückgewiesen.

Bei der Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Madrasen

und an der Mazedonischen Front

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorf.

„mazedonischen Slawen festgestellt hat, sondern sogar eine Zweidrittelmehrheit innerhalb der gesamten christlichen Bevölkerung Mazedoniens. Kann es noch einen anderen kräftigeren Beweis zur Entscheidung der Frage geben, ob die „mazedonischen Slawen“ Serben oder Bulgaren sind? ...

Auf Grund all dieser Beweise und all dieser Tatsachen hat die im Dezember 1876 in Konstantinopel vereinigte „Europäische Konferenz“, an welcher alle Großmächte teilnahmen, fast ganz Mazedonien als Teil des autonomen Bulgariens anerkannt, wozu auch die Stadt Rijch und der ganze Distrikt mit den Städten Birot und Brania gerechnet wurden. Als im Jahre 1878 der russisch-türkische Krieg beendet war, wurde ein Friedensvertrag zwischen Rußland und der Türkei abgeschlossen, in dem der jetzige Beschützer Serbiens, das große Rußland, ganz Mazedonien mit Ausnahme von Saloniki als bulgarisches Land anerkannt hatte. Und dennoch hat Serbien in dem gegenwärtigen Krieg als Bundesgenosse Rußlands teilgenommen, d. h. es hätte Ansprüche auf Mazedonien, wenn es dessen sicher wäre, daß dieses Land von mazedonischen Slawen bewohnt ist und nicht von unzweifelhaften Bulgaren.

Bedarf es noch weiterer Belege? Es wird vielleicht genügen, hier noch an zwei, drei wichtige Tatsachen zu erinnern, die von der Behauptung des Herrn Wendel gar nichts mehr übrig lassen.

Die bulgarischen Mazedonier haben gleich ihren Brüdern aus Bulgarien im Jahre 1894 begonnen, zugunsten der Selbstständigkeit Mazedoniens zu predigen und zu kämpfen, die den Balkanstaaten als Bindeglied gedient und den von den Sozialisten so sehr erachteten Balkanbund vorbereitet hätte. Nun, die Serben waren die ersten, die sich als die schlimmsten Feinde dieser Autonomie gezeigt haben. Warum? Weil sie davon überzeugt waren, daß die Bulgaren im Besitz der großen Mehrheit im Lande aus dem selbstständigen Mazedonien eine Provinz bulgarischen Gepräges machen würden, die sich später, wie Südbulgarien im Jahre 1885, mit Bulgarien vereinigen hätte. Erhärtet nicht auch diese Tatsache in klarer Weise, daß die mazedonischen Slawen Bulgaren sind?

Und die Revolution der mazedonischen Bulgaren vom Jahre 1908 im Distrikt Monastir, bei der mehr wie 5000 Revolutionäre ums Leben kamen und mehr wie 200 bulgarische Dörfer zerstört wurden — was beweist sie?

Und der serbisch-bulgarische Bundesvertrag vom 13. März 1912, durch den Serbien ganz Mazedonien als bulgarische Sphäre anerkannte, mit Ausnahme eines Teiles im Norden, der als strittige Zone bezeichnet wurde und worüber Rußland als Schiedsrichter sich aussprechen sollte? Kann man nach

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 7. Juli 1917, abends.

Im Westen nichts Besonderes.
Auf dem Schlachtfelde in Galizien haben die schweren Verluste der Russen eine Kampfpause aufgezwungen. Bei Stanislaw sind kleinere Angriffe des Feindes gescheitert.

Der österreichische Bericht.

Wien, 7. Juli 1917. (B. Z. B.) Amtlich wird verlautbart:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Au mehreren Stellen der Karpathenfront lebte das feindliche Artilleriefeuer gestern merklich auf. In der Gegend von Dorna Watra, Kirlibaba und im Ludowagebiet, dann beiderseits des Jablonica-Passes erreichte es zeitweise größte Heftigkeit. Unsere Artillerie erwiderte mit kräftigem Zerstörungseifer von guter Wirkung. Bei Kirlibaba räumte der Feind seine Deckungen gruppenweise. Erkundungsabteilungen des Gegners, die an mehreren Stellen vorgezogen versuchten, wurden abgewiesen. Bei Stanislaw haben die Russen nach heftigster Artillerievorbereitung mehrere starke, aber erfolglose Angriffe geführt. Den Hauptstoß hat hier das tapfer ausdauernde ungarische Heeres-Infanterie-Regiment Nr. 65 abgewiesen. Auch bei Hutta und Solstwinna sind in den späten Nachmittagsstunden russische Angriffe gescheitert.

Im Raume um Brzezanj kam es gestern nur zu einem kurzen feindlichen Vorstoß, der abgewehrt wurde. Die erfolgreich die Verteidigung der hier kämpfenden deutschen und osmanischen Truppen, dann der tapfer mitwirkenden Honved-Infanterie-Regimenter Nr. 308, 309 und 310 in den Vortagen war, zeigen die auf etwa 13 000 Mann geschätzten Feindverluste im Vorfeld. In unbegründeter Ueberschätzung ihres begrenzten Zuverlässigkeit vom 2. Juli hofften die Russen gestern die Entscheidung südwestlich von Buzow durch einen Massenstoß herbeizuführen. Unter Heranziehung eines Gardekorps, weiterer neuer Kräfte und starke Kavalleriemassen setzten die Russen in einer Frontbreite von 16 Kilometern etwa neun bis zehn Divisionen, stellenweise 15 Wellen tief, zu wiederholten Angriffen ein.

An der heldenmütigen Haltung deutscher Regimenter brachen alle nach mehrstündigem Vorbereitungsfeuer vom frühen Morgen bis zum Mittag vorgetriebenen Massenstürme erfolglos und blutig zusammen. Dem tapferen Somborer Infanterie-Regiment Nr. 23 und der vortrefflich mitwirkenden I. und II. Artillerie gebührt ein rühmlicher Anteil an dem großen Erfolge des gestrigen Tages. Mehrere Panzerkraftwagen, die anzugreifen versuchten, wurden zertrümmert. In den Mittagsstunden war die Angriffslust des Gegners derart gebrochen, daß er, verfolgt durch das Maschinengewehrfeuer einer Jagdabteilung, zurückfliehen mußte. Die zur beabsichtigten Verfolgung herangeführte feindliche Kavallerie wurde durch Feuer zerprengt. Die Verluste des Feindes sind außerordentlich schwer, unsere halten sich in mäßigen Grenzen.

Ein gegen 8 Uhr nachmittags südwestlich Buzow erneuter russischer Angriff hatte den gleichen Mißerfolg wie alle früheren. Bei Saitow-Zwyzyn sind nachmittags mehrere gegen österreich-ungarische Truppen geführte Angriffe gescheitert.

In tapferster Gegenwehr und in erbittertem Handgemenge haben das Öndrer Infanterie-Regiment Kaiser und König Karl Nr. 19 und das Szombathelyer Infanterie-Regiment Nr. 83 den Feind vollständig geworfen. Oesterreichische und deutsche Artillerie haben auch hier vortrefflich zusammengewirkt und im Verein mit der Infanterie dem Feinde schwere Verluste zugefügt.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Außer erhöhter Patrouillentätigkeit im Hornogebiet nichts Neues zu melden.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

diesem Vertrag noch die Behauptung aufrechterhalten, daß die „mazedonischen Slawen“ keine Bulgaren seien?

Allein, das ist noch nicht alles.
Auch die Griechen, die seit Jahrhunderten auf Mazedonien Anspruch erheben, haben niemals das Vorhandensein von Serben in diesem Lande zugegeben. Im Gegenteil, sie haben immer den Satz verteidigt, daß Mazedonien hauptsächlich von bulgarisch sprechenden Griechen — Bulgrophoni Ellini — bewohnt sei.

Tatsächlich sind nach dem serbisch-bulgarischen Krieg von 1885 in Mazedonien „Serben“ aufgetaucht. Sie wurden unter diejenigen Bulgaren gehören, die noch die kirchliche Macht des griechischen Patriarchats anerkannten und selbstverständlich den verdächtigsten Kreisen angehörten, denn sie erhielten von den serbischen Konsuln in Uestfab, Monastir und Saloniki monatlich Zahlungen, damit sie sich als Serben erklärten. Die Kadern dieser Neubefehrten kamen aus dem Königreich Serbien und aus Alt-Serbien (Koslowo-Polje und Nowi-Pazar). Die Regierung des Sultans Hamid, die die mazedonischen Bulgaren fürchteten und die sie schwächen wollten, gewährte diesen „Serben“ vollen Schutz. Aus denselben Gründen wandten auch die Griechen solchen Serben ihre Unterstützung zu. Und so sind „serbische Kolonien“ in Mazedonien entstanden. Als all das improvisiert war, trat der Ideologe der alserbischen Politik, Professor Cojic, mit seiner Theorie von den „mazedonischen Slawen“ auf — eine Theorie, die Herr Wendel mit einem einer besseren Sache würdigem Eifer vertritt.

Die Lage in Stockholm.

Unser Stockholmer Berichterstatter faßt sein Urteil über den Stand der in der schwedischen Hauptstadt wachsenden Sache in folgenden Ausführungen zusammen: Die langwierigen und wahrhaft komplizierten Verhandlungen zur allgemeinen sozialistischen Friedenskonferenz scheinen in den nächsten Tagen eine Unterbrechung erfahren zu sollen, die aber keineswegs ungünstige Schlüsse auf das Zustandekommen der Konferenz überhaupt gestattet. Diese Aussichten sind vielmehr — wie bereits telegraphisch gemeldet — günstiger geworden. Es kann ja nun bekanntgegeben werden, daß eine Zeitlang die Stimmung recht gedrückt war, und die überraschende Tatsache der russischen Offensive war natürlich erst recht nicht geeignet, das Barometer wieder steigen zu lassen.

Nun ist zwar gestern das Memorandum Vandervelde und de Broederes erschienen, das sich klar, wenn auch nicht bündig gegen

eine gemeinsame Beratung mit den Mehrheitssozialisten der Zentralmächte werden, also vor allem mit der deutschen Sozialdemokratie. Wenn sich aber auch Vandervelde und Brouderé auf die Engländer und Franzosen berufen, so müssen diese durchaus noch nicht die gleiche Haltung einnehmen. Vandervelde und Brouderé sind einmal Belgier und daraus ergeben sich zwingend scharfe Forderungen. Aber die französischen Sozialisten sind weder außer Landes, noch sind sie in dem gleichen Maße an der Regierung beteiligt wie der ehemalige Präsident des internationalen sozialistischen Bureaus, und auch die englischen Sozialisten sind nicht stärker mit der Politik Lloyd Georges verbunden. Dazu kommt, daß die von Longuet geführte französische Arbeiterpartei und die Radikalsocialistische Partei in England ständig, weil naturgemäß, an Macht und Einfluß zunehmen müssen. Was diese aber wollen, das ist im Grunde und von Einzelfragen abgesehen, auch die Politik der deutschen Sozialdemokratie: die endliche Durchführung eines Verständigungsfriedens, der das Nord- und Westeuropa endet und nicht den Keim neuer Kriege in sich trägt.

Seit der Ankunft der deutschen Arbeiterpartei — als solche, nicht als eigene Partei, gilt sie hier im Ausland immer noch — haben die Zimmerwälder eine große Mäßigkeit erlangt. Geht man auf die schwedischen Jungsozialisten, die wiederum die neutralen und internationalen sozialistischen Gesinnungen gegenüber dem Ententismus von Brantings „Socialdemokraten“ darstellen, und blickt auf zahlreiche Verweigerungen der führenden Männer des Arbeiter- und Soldatenrats, glauben die ganzen und halben Zimmerwälder den russischen Sozialismus der maßgebenden (Menschen) Richtung auf ihrer Seite zu haben und mit den Vindern der großen sozialistischen Parteien die neue „Internationale“ aufzubauen und so ziemlich ausschließlich bilden zu können. Dabei befinden sie sich aber sicher in einem großen Irrtum. Wir sehen doch die Menschewitsch an der russischen Regierung teilnehmen, wir sehen sie nicht nur für die defensible Landesverteidigung eintreten, sondern — zum Beispiel durch Beresteki — auch Kerenskis Offensive in Rußland gut heißen und dort sogar in begeisterten Worten preisen. Es mögen starke innerpolitische Gründe sein, die sie veranlassen, bei dem Werk mitzutun, das die Sehnsucht der Lloyd George, Ribot und Wilson stillt. Aber es ist doch unlegbar, daß die Mehrheitspartei des russischen Sozialismus in der Landesverteidigungsfrage mindestens auf dem Standpunkt der deutschen und österreichisch-ungarischen Parteimehrheit steht und — gewiß in einer Revolutionsregierung, aber doch bei weitem nicht einer sozialistischen — zum Ministeramt gelangt ist. Es scheint danach, als ob der Zwang der Verantwortung die großen sozialistischen Parteien überfall auf dieselbe Linie führt.

Daraus erklärt sich wohl auch der — wenigstens am gestrigen ersten Verhandlungstage — feitzustellende günstige Verlauf der Besprechung zwischen Adler, Müller, Weltner und Kofanoff, Goldenberg und Smirnow, den drei offiziellen Vertretern des „Sowjät“ — folgendlich in rassistisch deputatow —, günstig trotz aller vorhergegangenen Konferenzen der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit den hier anwesenden Zimmerwäldern. Auch werden die russischen Vertreter, an deren Friedenswillen trotz der eigenen Offensive nicht zu zweifeln ist, sich nicht darüber täuschen, daß eben die deutsche Sozialdemokratie, daß die Parteien Adlers und Weltners die Masse der Sozialisten der Zentralmächte vertreten, nicht aber die Minderheiten dies für sich in Anspruch nehmen können.

Von hier aus gehen die Russen nach London und Paris, um dort für den Konferenzgedanken zu wirken. Sie wollen auch nach Rom gehen, obgleich die italienische Partei in stets kriegerischer Haltung und sich sogar offiziell Zimmerwald angegeschlossen hat; vielleicht ist gerade dies letztere der Grund für die Komreisabsicht der Russen. Ende Juli soll dann in London eine Zusammenkunft der sozialistischen Parteien der Ententeländer stattfinden, an der auch Gumbmann teilnehmen will, der vorher nach Petersburg zu gehen beabsichtigt. Während dieser paar Wochen könnte also der Schwerpunkt, der sich trotz aller Hemmnisse und Mißverständnisse vorbereitenden internationalen sozialistischen Friedensaktion von Stockholm wegrücken. Inzwischen aber dürften Franzosen und Engländer auf der Reise nach Petersburg hier durchkommen; sie sind vom „Sowjät“ zu persönlicher Information in Rußland eingeladen und diese wird sie nicht kriegerischer machen. Die Franzosen sollen ihre für das holländisch-schwedische Komitee bestimmte Denkschrift schon fertig haben, nur zum Abgeben im Vorübergehen.

So sehr auch bisher noch in den verschiedenen Memoranden Gegensätze hervortreten — was durch den vielleicht unentbehrlichen, aber sicher unerfreulichen Vorgang der Sonderberatungen und Einzelbesprechungen notwendigweise gefördert wurde —, so wahr scheint es doch, daß ein paar Wochen später das Verlangen aller Völker nach dem Frieden und nach nichts anderem als nach dem Frieden alles andere in den Hintergrund schieben wird. Dann wird die allgemeine Konferenz die Sprecherin dieses Willens und — um das alle, lange nicht gehörte, aber nie dergestalt Lied zu zitieren — die Internationale wird die Menschheit sein.

Weitere russische Delegierte. — Der Konferenzzeitpunkt.

Stockholm, 7. Juli. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“). Soeben, Sonnabend vormittag, trafen als weitere Delegierte des Arbeiter- und Soldatenrats ein: Ehrlich, Bundist, Redakteur aus „Dien“, und Kusanoff, Sozialrevolutionär, Redakteur der bekannten Revue „Ruskoje Worogajstro“.

Später wurde zwischen den Russen und dem holländisch-schwedischen Komitee verhandelt. Man hielt für möglich, daß die Konferenz Anfang August stattfindet.

Adler, Gaase, Kautsky und Luise Nieg sind nach Berlin zurückgekehrt; Dskar Sohn blieb hier.

Der Nationalausschuß des irischen Gewerkschaftskongresses und der Arbeiterpartei hat seinen Obmann O'Brien aus Dublin und den Schatzmeister Campbell aus Belfast zu Vertretern für die Stockholmer Konferenz ernannt.

Feindliche Flieger über dem Industriegebiet.

Münster i. Westf., 7. Juli. Vom Stellvertretenden Generalkommando wird mitgeteilt: Heute nacht stürzten einige feindliche Luftfahrzeuge in den frühen Morgenstunden dem Industriegebiet einen Besuch ab. Im ganzen wurden acht Bomben geworfen, die einen Sachschaden von etwa 2000 M. anrichteten. Industriebetriebe sind nicht getroffen. Verletzt wurde niemand.

Wolfs Bureau meldet: In der Nacht zum 7. Juli überfliegen feindliche Flieger das Festungsgebiet von Köln. Bomben wurden nicht abgeworfen. Einer Tätigkeit der Abwehrgeschütze bedurfte es nicht. In den frühen Morgenstunden haben einige feindliche Luftfahrzeuge dem rheinisch-westfälischen

Industriegebiet einen Besuch abgestattet. Es wurden im ganzen acht Bomben abgeworfen, die einen Sachschaden von etwa 2000 M. anrichteten. Menschen wurden nicht verletzt. Industriebetriebe sind nicht getroffen worden. Auch Ludwigshafen und Umgebung wurden von Fliegern angegriffen. Der Sachschaden war sehr gering. Menschen wurden nicht verletzt. Auf dem Hin- und Rückflug berührten die feindlichen Flieger Karlsruhe, wurden aber durch Sperrefeuer verjagt. Schließlich wurden auch auf Trier und Umgebung zahlreiche Bomben wahllos abgeworfen. Die meisten fielen ergebnislos in freies Gelände, andere richteten einigen Schaden an. Militärischer Schaden entstand nicht. Getötet wurde ein Kind, verletzt ein Mann. Ein französisches Flugzeug wurde bei Saarburg (Rheinland) durch Abwehrfeuer zur Landung gezwungen. Die zwei Insassen sind gefangen.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 7. Juli. Amtlich. 1. Im Atlantischen Ozean wurden durch eines unserer Unterseeboote wiederum

23 000 Br.-Tonnen

vernichtet. Unter den versenkten Schiffen befanden sich die englischen Dampfer Lord Roberts (4160 T.) mit Weizen, South Wales (3668 T.) mit Reis, zwei englische Dampfer mit Mais bzw. Früchten, zwei der versenkten Schiffe hatten Kohlen geladen. — 2. Im Mittelmeer wurden neuerdings 11 Dampfer und 39 Segler mit

über 50 000 Br.-Tonnen

durch unsere Unterseeboote versenkt. Darunter befanden sich der von zwei Verhörrern gesicherte englische Truppentransportdampfer Gestrion (8912), die bewaffneten englischen Dampfer Rupperra (4232 T.) mit Wolle und Städtgut, Viridowald (4013 T.) und Tong Hong (2184 T.), die bewaffneten französischen Dampfer Croasne und Diaste, ein unbekannter bewaffneter Dampfer von etwa 4000 T. und zwei unbekannt vollbeladene Dampfer von etwa 5000 bzw. 6000 T., sowie 24 fast durchweg mit Phosphor für Italien beladene italienische Segler. Mehrere Dampfer wurden aus stark gefährdeten Geleitzügen, einer im Nachkriegsgeleitzug. Ein modernes 7,6 Zentimeter-Geschütz des englischen Dampfers Tong Hong wurde erbeutet.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Berlin, 6. Juli. Neue U-Boosterfolge vor und im englischen Kanal und in der Nordsee: 6 Dampfer, 4 Segler, 11 Fischerfahrzeuge. Darunter befanden sich: Die bewaffneten englischen Dampfer Saxon Monarch (4828 Tonnen) mit 7000 Tonnen Weizen von Karachi nach London, Clan Davidson (4486 Tonnen) mit Städtgut von Sidney nach London, italienischer Dampfer Sberia (2727 Tonnen) mit Kohlen von Cardiff nach Genua, ein tiefgeladener mittelgroßer Dampfer, der aus Geleitzug herausgeschossen wurde.

Die Ladungen der übrigen versenkten Fahrzeuge bestanden, soweit festgestellt werden konnte, aus Lebensmittel, Öl, Kohlen und Grubenholz.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Rotterdam, 7. Juli. Zwischen Amerika und England sind Abmachungen getroffen behufs Abwendung der Lebensmittelnot, wöchentlicher zwei Dampfer unter Geleitzug von Kriegsfahrzeugen nach England gehen zu lassen.

Der Aushungerungskrieg gegen die Neutralen.

Englische Minen auf Hollands letztem Zugangsweg.

Haag, 6. Juli. Amtlich wird mitgeteilt, daß der englische Staatssekretär des Auswärtigen auf eine erneute Anfrage des niederländischen Gesandten erklärt hat, die jüngste Erweiterung der gefährlichen Zone in der Nordsee sei in keiner Weise gegen Holland gerichtet, sondern ausschließlich durch militärische Gründe bestimmt, um den feindlichen Streitkräften den Zugang zu den britischen Gewässern zu verfrachten. Der Staatssekretär meinte, daß man sich in Holland übertriebene Vorstellungen von den Folgen der Minedelegation für die holländische Schifffahrt mache, die auch über andere Zugangsweg verführe, als die bisher benützte sichere Fahrtrinne. Minen sollten in den ersten Tagen nicht gelegt werden. Die holländische Regierung hat darauf erwidert, daß sie keine andere Zufahrtsstraße besäße und sprach die Zusage aus, daß die englische Regierung die geplante Maßnahme noch einmal in Erwägung ziehen werde.

Amsterdam, 6. Juli. Dem „Allgemeinen Handelsblad“ wird aus Rotterdam gemeldet: In Regierungskreisen verlautet, daß vorläufig nicht auf die Wiederherstellung der sogenannten freien Fahrtrinne gerechnet werden könne.

Die Kartoffelunruhen vor der holländischen Kammer.

Regierungserklärungen.

Haag, 6. Juli. In Beantwortung der von den Abgeordneten Rutgers und van den Tempel eingebrachten Interpellationen über die Kartoffelversorgung und die Unruhen in Amsterdam teilte Ackerbauminister Posthuma mit, daß für die Ausfuhr alter Kartoffeln keine festen Abmachungen beständen und daß von den neuen Kartoffeln 25 Prozent nach dem Osten und insoweit auch 25 Prozent nach dem Westen ausgeführt werden müßten. Der Grund dafür sei die Kohlenversorgung. Seit März seien die Kohlen fast ausschließlich aus Deutschland gekommen und Holland könne sie nur durch gegenseitige Zugeständnisse im wirtschaftlichen Verkehr erhalten. Anfang Juni sei die Nachricht gekommen, daß Deutschland im Juni und Juli nicht in der Lage sein würde, die unbedingt notwendige Menge von 350 000 Tonnen Kohlen zu liefern. Dadurch, daß Holland die Ausfuhr von Kartoffeln gestattete, habe es im Juni den noch 356 000 Tonnen Kohlen erhalten und könne auch im Juli dieselbe Menge erwarten. Es seien vom 20. Juni bis 3. Juli 3 1/2 Millionen Kilogramm Kartoffeln ausgeführt worden, was auf 1/2 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung hinausläuft. Nächsten Dienstag wird die Kartoffelversorgung wieder normal sein und der Preis von selbst sinken.

Minister des Innern, Gort van der Vinden, erklärte, er könne noch keine Mitteilungen über die Unruhen in Amsterdam machen, da die Untersuchung noch nicht abgeschlossen sei. Es bestehe vorläufig noch kein Grund zu einem Einschreiten der Regierung. Der Bürgermeister von Amsterdam sei bisher selbst imstande gewesen, die Lage zu beherrschen und die getroffenen Maßnahmen hätten die Menge des absolut Notwendigen nicht überschritten.

Kleine Kriegsnachrichten.

Die griechische Kammer ist auf den 15. Juli einberufen worden. Sie soll unterzüglich als Verfassunggebende Versammlung zusammentreten.

Deutsch-englische Verhandlungen über Gefangenen-Austausch. Im Haag verhandeln drei deutsche und drei englische Sachverständige auf dem Gebiete des Kriegsgefangenenwesens über den Austausch von Internierten und Kriegsgefangenen und über ähnliche Fragen.

Einheitliche Familienunterstützung.

Ein Rundschreiben des Reichskanzlers.

Um möglichst volle Einheitlichkeit in der Durchführung des Familienunterstützungsgesetzes zu gewährleisten, hat der Reichskanzler (Reichsamt des Innern) ein Rundschreiben an die Bundesregierungen gerichtet, das in der Hauptsache ausführt:

Bei zeitweiliger Beurlaubung bis zu einem Monat sind die Familienunterstützung allgemein weiterzugeben. Uebersteigt der Urlaub einen Monat, so ist die Bedürftigkeitsfrage zu prüfen, die zu verneinen ist, wenn der Beurlaubte geeignete Beschäftigung zu übernehmen ablehnt. Bei Beurlaubungen bis zur Entlassung ist die Weiterzahlung regelmäßig vom Vorliegen der Bedürftigkeit abhängig zu machen.

Die Halbmonatsrate, die nach der Entlassung als außerordentliche Unterstützung gezahlt wird, und die Dreimonatsrate, die nach § 9 der Verordnung vom 21. Januar 1916 bei Verwundung und Krankheit neben die Militärversorgungsgeldnisse tritt, sind unabhängig von der Bedürftigkeit weiterzugeben. Das gleiche gilt für die Weiterzahlung der Familienunterstützungen an die Hinterbliebenen auf die Dauer von drei Monaten.

Für die über diese Zeit hinaus gezahlten Familienunterstützungen können nur die Rentenabzüge in Anspruch genommen werden, die den Berechtigten für die Zeit zustehen, für die sie bereits Familienunterstützung gezahlt erhalten haben. Dagegen dürfen laufende Renten nach dieser Zeit für die gezahlten Familienunterstützungen nicht einbehalten werden.

Die oben erwähnten Halbmonatsraten sind bei jeder Entlassung zu zahlen, bei wiederholter Entlassung also mehrfach.

Für die Unterstützung nachgeborener Kinder, die von einem anderen Aufenthaltsort zur Welt gekommen sind, hat der Lieferungsverband einzutreten, der zur Unterstützung der übrigen Familienmitglieder des Heerespflichtigen verpflichtet ist.

Auch nach dem Tode des Heerespflichtigen kann noch Antrag auf Gewährung der Familienunterstützung für die Zeit gestellt werden, während der nach den Vorschriften des Gesetzes das Recht auf die Unterstützung fortbauert.

Arbeitgeberbeiträge können bei der Feststellung der Bedürftigkeit billigerweise nicht ganz außer acht gelassen werden. Grundfähig soll aber die Gewährung der Unterstützungen nicht mit Rücksicht auf vorhandene Arbeitgeberbeiträge abgelehnt werden.

Für Kosten der Fürsorgeerziehung haben die Lieferungsverbände im Zusammenhang mit der Familienunterstützung nicht aufzukommen, da diese Kosten aus öffentlichen Mitteln bestritten werden und nicht als Armenunterstützung anzusehen sind.

Fürsorge für Kriegsgefangene.

Der Bundesrat beschloß in seiner Sitzung vom 5. Juli ein Gesetz über Fürsorge für Kriegsgefangene.

Es wird darin bestimmt, daß Gesundheitsförderungen, welche deutsche Militärpersonen oder andere unter die deutschen Militärversorgungsgesetze fallende Personen in feindlicher Kriegsgefangenschaft erleiden, als Dienstbeschädigungen gelten, wenn sie infolge von Arbeiten, zu denen die bezeichneten Personen verwendet werden, oder durch einen Unfall während der Verrichtung solcher Arbeiten eingetreten oder wenn sie durch die Kriegsgefangenschaft eigentümlichen Verhältnisse verursacht oder verschlimmert worden sind. Feindliche Militärpersonen oder ihnen gleichgestellte Personen, die in deutscher Kriegsgefangenschaft eine Gesundheitsförderung erleiden, erhalten, solange sie sich in der Gewalt einer deutschen Militärverwaltung befinden, ebenfalls eine angemessene Fürsorge. Die aus diesen Verhältnissen entspringenden Rechtsfolgen waren bisher durch besondere gesetzliche Vorschriften nicht geregelt. Zur Verhütung einer Doppelfürsorge sind besondere Einzelbestimmungen vorgesehen.

Das Gesetz hat rückwirkende Kraft bis zur Zeit des Kriegsbeginns, mit Ausnahme der Bestimmungen über die Heranziehung der Unternehmer zu Beiträgen, wo es nur bis zum Beginn des Jahres 1917 zurückwirkt.

146 Verurteilungen in Stettin.

Nachklänge der Unruhen.

Stettin, 7. Juli. Das Gericht des Kriegszustandes hat nunmehr die Anlagen wegen der Ausschreitungen im wesentlichen erledigt; nur einzelne veraltete Fälle bleiben noch zu entscheiden. Insgesamt waren 220 Personen angeklagt; von diesen wurden 140 verurteilt, und zwar 72 Erwachsene und 68 Jugendliche; freigesprochen wurden 40 und dem ordentlichen Gericht zur Aburteilung übergeben 37 Angeklagte. In zwei Fällen erfolgte Verurteilung und einmal Einstellung des Verfahrens. Ferner verhandelte heute das Gericht des Kriegszustandes gegen 14 Verurteilte, die durch Arbeitsniederlegung gegen Korpsbefehle verstoßen haben. Von ihnen wurden 7 freigesprochen, einer dem ordentlichen Gericht überwiesen und 6 verurteilt, davon 2 zu 30 M., 3 zu 45 M. und einer zu 60 M. Geldstrafe.

Beendigung einer Streikbewegung in Köln.

Köln, 7. Juli. (Eig. Drahtbericht des „Vorw.“) Ein vor einigen Tagen hier ausgebrochener großer Streik wurde gestern abend durch den Beschluß einer Riesensammlung beendet. Mit der Weiterführung der auf Lohnverhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit gerichteten Bewegung wurden die Gewerkschaften beauftragt. Der Oberbürgermeister empfing Deputationen der Arbeiterschaft. Es ereigneten sich keinerlei Zwischenfälle.

Letzte Nachrichten.

Russischer Heeresbericht.

Vom 5. Juli. Westfront. Ostlich von Orszegand drängte der Feind unsere Posten zurück. Er wurde aber durch Artilleriefeuer zurückgeschlagen. Ostlich von Lipica Dolna griff der Feind nach Artilleriebereiterung zweimal unsere Stellungen an. Er wurde aber jedesmal zurückgeschlagen.

Versenkter Amerikaner.

Washington, 7. Juli. (Reuters.) Das Staatsdepartement teilt mit, daß U-Boote den amerikanischen Dampfer Orleans torpedierten und versenkten. Vier Mann der Besatzung sind umgekommen.

Bewerkschaftsbewegung

Mitgliederzunahme in den Gewerkschaften.

Die Zahl der Mitglieder unserer Zentralverbände hat wieder eine Million überstiegen. Im ersten Quartal 1917 stieg die Zahl der männlichen Mitglieder um 300.000 auf 780.000, die Zahl der weiblichen Mitglieder von 179.000 auf 226.000. Am 31. März 1917 waren über 5000 Arbeiterinnen mehr gewerkschaftlich organisiert als vor dem Krieg. Die Gewerkschaftsunterstützungen, die aus den Zentralstellen ausgezahlt wurden, haben 60 Millionen Mark überschritten, davon 24 1/2 Millionen Arbeitslosenunterstützung und 33 Millionen Familienunterstützung. Was die Gewerkschaften an Lohn- und Teuerungszulagen während der Kriegszeit erreicht haben, kann jetzt zahlenmäßig noch nicht erfasst werden, es ist sicher nicht unerheblich, wenn auch dadurch die hohen Preise für Lebensmittel nicht ausgeglichen werden konnten.

Deutsches Reich.

Fünfundzwanzig Jahre Töpferverband.

Dieser Tage konnte der Zentralverband der Töpfer auf sein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Am 1. Juli 1892 begann er seine Tätigkeit, stark angeleitet von der lokalistischen Richtung, welche unerquicklicher Kampf sich noch jahrelang hinzog und erst um die Wende des vorigen Jahrhunderts zugunsten des Verbandes an Ende ging. Immerhin haben sich einige Rudimente lokalistischer Richtung noch bis heute in Berlin und Königsberg erhalten.

Dieser Bruderkampf, der viele Opfer gefordert und viele Kraft nutzlos vergeudet, erscheint heute um so sinnloser, als früher bereits ein Vorläufer des jetzigen Verbandes bestanden hatte. Schon im August 1873 fand in Dresden ein Töpferkongress statt, auf dem ein Verband (Allgemeiner deutscher Töpferverein einschließlich Oesterreich-Ungarns und der Schweiz) gegründet wurde. Dieser Verband fiel 1878 dem Sozialistengesetz zum Opfer. Nach Ueberwindung einiger Jahre völliger Desorganisation fanden sich dann die Töpfer wieder nach und nach in örtlichen Fachvereinen zusammen, weil die erneute Gründung eines Verbandes der auf Grund des Sozialistengesetzes vorhandenen Auflösungsgefahr wegen nicht rätlich erschien. Im Jahre 1884 fand ein Kongress von Vertretern örtlicher Töpfervereine in Dresden statt, wo eine Zentral-Ärztin- und Steuerbefreiung der Töpfer gegründet wurde, die dann als vornehmstes Bindeglied der Töpfer lange Jahre fungierte. Es war ein mangelhafter Kollektiv, jedoch brachte auch diese Zeit den Töpfern manchen namhaften gewerkschaftlichen Erfolg: Solidarität und Opfermut wurden gelehrt, der organisatorische Zusammenhalt wuchs. Der Fall des Sozialistengesetzes machte dann die Bahn frei für eine Verbandsform; sie wurde bei den Töpfern im Mai 1892 beschlossen und im Juli durchgeführt.

Diese Gründung fiel in eine Periode der Baukrise. Die Töpfer, die zumeist vom Baumarkt abhängig sind, hatten eine üble Zeit durchzumachen, die sich durch den Bruderkampf noch unerquicklicher gestaltete. Zudem ließen die damals in fast allen Gewerkschaften noch üblichen niedrigen Beiträge wenig Aktionskraft zur Abwehr von Lohnreduzierungen zu. Nach und nach ebten Bruderkampf und Baukrise ab, die gemeinsame Not führte die Streitenden zusammen. Auch brach sich die Einheit Bahn, daß eine Kampforganisation höhere Beiträge erfordert. Erfolge stellten sich ein und der Verband gewann an Mitgliedern und Einfluß.

Seit dem Jahre 1899 datiert der Aufstieg des Verbandes. Er beharrt den Weg der Unterstützungsrichtungen; lag daraus neue Werbe- und Kampfkraft, seine Mitgliederzahl hob sich, nachdem sie längere Zeit zwischen 4 und 5000 geschwankt, im Jahre 1901 auf 7000 und stieg von da ab nach Einführung der Unterstützungsrichtungen unausgesetzt auf jetzt 12.000 im Jahre 1907, so daß um diese Zeit circa 70 Proz. aller organisationsfähigen Töpfer organisiert waren. In diesen Jahren hatte die Organisation mit dem Unternehmertum manchen schweren Strauß durchzulämpfen. Wer erinnert an die Ausperrung in sämtlichen Ofenfabriken Deutschlands, die im Jahre 1906 aus Anlaß des belagerten und fürstentümlichen Streiks vom Verband der Kachelofenfabrikanten inszeniert wurde. Der Unternehmerrplan, den Verband zu vernichten, zerbrach jedoch an der Einmütigkeit und Opferfreudigkeit der organisierten Töpfer. Ein erneuter Versuch des Unternehmerrverbandes in gleicher Richtung im Jahre 1906 anläßlich des Breslauer Streiks schlug schon nach einigen Wochen fehl, und seitdem wird der Töpferverband vom Verband der Kachelofenfabrikanten als vollwertiger Faktor bei allen Lohnstreitigkeiten und Lohnregulierungen betrachtet. Auch bei den Ofenlegemeisterverbänden und dem Topfwarenfabrikantenverband ist die Arbeiterorganisation anerkannt.

Abgesehen vom Abwehrkampf der Berliner Töpfer im Jahre 1907, der 186.000 M. Kosten verursachte, hatte dann in der Folgezeit der Verband besonders opferreiche Kämpfe nicht mehr zu bestehen. Seine Tätigkeit auf dem Gebiete der Lohnbewegungen und Streiks hat er aber unermüdet bis zum Kriegsausbruch fortgesetzt. Dies hat gute Früchte gezeitigt. Wohl jede noch so kleine Zahl-

stelle des Verbandes hat heute ihren Tarifvertrag, in ganz Deutschland existieren zurzeit 225 Töpfertarife, darunter Bezirks- und ein Provinzialtarif (Dahlemburg). Die Löhne wurden überall erhöht, Währungsbesitz und die Arbeitszeit vergrößert. Auch während der Kriegszeit hat diese Tätigkeit nicht ausgehört. Außer Kriegsteuerungszulagen bis zu 50 Proz. wurden auch verhältnismäßig entsprechend erhöhte Tarife abgeschlossen, u. a. auch ein Ofenfertigkeit für die Provinz Thüringen.

Mit dem Jahre 1907 setzte eine erneute Baukrise ein. Viele Töpfer waren gezwungen, in anderen Berufen Beschäftigung zu suchen, so daß die Mitgliederzahl des Verbandes auf 10.165 im Jahre 1913 herabsank. Im Jahre 1914 zeigten sich die Anfänge einer erneuten Bautätigkeit; jedoch zerstörte der Krieg dann jäh alle Hoffnungen. Die Bautätigkeit wurde fast ganz eingestellt; die meisten Töpfer wurden zum Heeresdienst berufen, so daß zurzeit nur noch rund 3000 Verbandsmittelglieder vorhanden sind.

Trotzdem ist das Gefüge des Verbandes an seinem Jubiläumstage ein festes und gutes, und berechtigt zu den besten Hoffnungen. Am Schluß des Jahres 1914 hatte die Organisation ein Verbandsvermögen von 338.000 M. Dieser gute Bestand hat sich trotz bedeutender Zuwendungen an die Familien der Kriegsteilnehmer und an diese selbst nur unwesentlich verringert; er betrug am Jahresabschluss trotz dieser Zuwendungen in Höhe von circa 63.000 M. und obwohl bereits längst für die Mitglieder wieder das alte Friedensstatut volle Geltung hat, am Jahresabschluss 1916 noch rund 306.000 M. Insgesamt hat der Verband in den 25 Jahren seines Bestehens über 4 1/2 Millionen M. vereinnahmt. Von dieser Summe sind nur für Unterstützungen an die Mitglieder rund 2 1/2 Millionen wieder zurückgeflossen.

So hat der Verband während seines 25 jährigen Bestehens recht Erfriehliches geleistet. Seinen Mitgliedern hat er Millionenwerte in Gestalt höherer Löhne verschafft, die lange Arbeitszeit bereinigt, viel Proletariat erlindert und Wissen und Bildung gepflegt. Aus anarchischen Zuständen auf dem Gebiet der Lohn- und Arbeitsbedingungen hat er geregelte Verhältnisse im Gewerbe geschaffen. In jeder Weise hat er sich seinen wirtschaftlichen Aufgaben gewachsen gezeigt. Wir wünschen ihm an seinem Ehrentage von Herzen Glück auch für die Zukunft! Möge er wie bisher in erproblicher Weise für seine Verbandsangehörigen wirken! Möge ihn die kommende Friedenszeit einig und gut gerüstet finden zu neuen Taten, zu neuen Siegen!

Die Nr. 27 des Organs des Töpferverbandes, „Der Töpfer“, das gleichfalls nunmehr 25 Jahre seines Bestehens vollendet und den Verband getreulich in Freude und Leid begleitet hat, ist soeben in guter Ausstattung, 16 Seiten stark, als Festschrift herausgekommen. In seiner geschmackvollen Ausstattung wirkt das Blatt zugleich als Festschrift und Informationsblatt. Außer dem des Verbandsjubiläum in würdiger und anerkennender Weise gedenkenden Leitartikel und mehreren schwingvollen Gedichten sind darin Beiträge enthalten vom Verbandsvorsitzenden Dr. H. v. H. v. H., vom hiesigen Vorsteher, von den Mitgliedern K. H. v. H., Kaulisch-Hamburg, Kappelan-Berlin und Kaiser-München. Zwischen den Artikeln verstreut befinden sich Sinnprüche, die auf das Wesen der Arbeiterbewegung Bezug nehmen. Die ganze Aufmachung der Festschrift ist als eine gelungene zu bezeichnen. Sie wirkt harmonisch und oghatorisch.

Berlin und Umgegend.

Regelung der Teuerungszulagen in der Album-, Mappen- und Galanteriebranche.

Die in den genannten Betrieben beschäftigten Mitglieder des Buchbinderverbandes nahmen am Freitag in einer gutbesuchten Versammlung den Bericht über den Stand der Bewegung entgegen. Nach im letzten Moment hatten die Fabrikanten zu neuen Verhandlungen eingeladen, die am Freitag kurz vor der Versammlung stattfanden. Röll und Greve berichteten darüber. Die Verhandlungen führten nach manchem Hin und Her zur Feststellung eines Einigungsvorschlages, der der Zustimmung der Versammlung beider Parteien bedarf. Zunächst soll der im Jahre 1911 abgeschlossene und im vorigen Jahre um ein Jahr verlängerte Tarif um ein weiteres Jahr, bis zum 30. Juni 1918, verlängert werden. Folgende Jugendhandliffe wurden gemacht: Auf alle tariflichen Minimallohne der in Zeitlohn Beschäftigten ist vom 1. Juli ab für die Stunde eine Zulage von 45 Pf. für männliche und von 25 Pf. für weibliche Beschäftigte als Teuerungszuschlag zu gewähren. Die Teuerungszulage aller derjenigen im Zeitlohn Beschäftigten, deren Stundenlöhne den Minimallohn übersteigen, beträgt für Arbeiter 40 Pf. und für Arbeiterinnen 20 Pf. Hier sind also die Löhne um fünf Pfennige geringer, als bei denen, die nur die Minimalstundenlöhne erhalten; Affordarbeiter und Affordarbeiterinnen erhalten auf den am Wochenschluß erzielten Verdienst einen Zuschlag von 37 1/2 Proz. als Teuerungszulage. Werden Affordarbeiter und Affordarbeiterinnen vorübergehend im Zeitlohn beschäftigt, so erhalten sie als Stundenlohn den Betrag, den sie in den letzten vier Wochen als Stundenlohn verdienten, sowie die Teuerungszulage. Der Stundenlohn darf bei ihnen nicht geringer sein, als der im Tarif vorgesehene Minimalstundenlohn. Bisher gewährte, durch Vereinbarung beider Organisationen festgelegte allgemeine Teuerungsz-

zulagen kommen in Wegfall. Lohnaufbesserungen sind mit Teuerungszulagen nicht gleichbedeutend. Deshalb bleiben Lohnaufbesserungen unberührt. Etwa bestehende höhere Teuerungszulagen dürfen nicht gestrichelt werden. Die Teuerungszulagen sind auch für etwa geleistete Ueberstunden zu gewähren, so daß der gesamte Verdienst, einschließlich der Ueberstunden und der tariflichen Ueberstundenzuschläge, mit den obengenannten Teuerungszulagen zu vergleichen ist.

Nach einer lebhaften Debatte wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Um einen Konflikt mit den Arbeitgebern zu vermeiden, erklärt sich die Versammlung mit den Jugendhandliffen einverstanden. Sie widerspricht aber der Ablehnung der Forderung, wonach Arbeiterinnen, welche Gehilfenarbeit verrichten, den Lohn der Gehilfen und demnach auch den Teuerungszuschlag der Gehilfen erhalten sollten. Die Branchenleitung wird beauftragt, wegen dieses Punktes nochmal mit den Arbeitgebern zu verhandeln.“

Parteinachrichten.

Das Mitteilungsblatt

Der Groß-Berliner Genossen (S. P. D.) erscheint in neuem Gewande und bezeichnet als seine Aufgabe: das Bindeglied zwischen Vorstand und Mitgliedschaft zu sein. „Beschlüsse und Anregungen der Kreisvereine sollen durch die „Mitteilungen“ zur Kenntnis der Genossen gelangen; die Erfahrungen auf dem Gebiete der Agitation und Organisation sollen ausgetauscht werden, um unser politisches Leben in Groß-Berlin immer aufs neue zu befruchten und Verfröderung und Einseitigkeit zu verhindern. So soll unser Blatt ein getreues Spiegelbild werden von dem Ringen und Schaffen der Groß-Berliner Parteiorganisation, von dem Drängen und Hoffen der Berliner Genossen. In freier Kritik und gegenseitigem Belehren wollen wir den großen Kampf weiter führen für das Glück und die Freiheit der Menschheit.“

Parteierrat seit der Parteigründung.

Eine köstliche Zusammenstellung gibt der Reichstagsabgeordnete Karl Pinau in der „Chemnitzer Volksstimme“ über den ewigen Vorwurf des Parteiverrats, der gegen die Parteiführer jedesmal erhoben wurde, wenn neue politische Tatsachen oder das Wachstum der Arbeiterbewegung selbst die Parteiführer zwangen, in irgendeinem Punkt die bisher befolgte Methode zu ändern.

Schon auf dem Vereinstag des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins im Jahre 1868 wurden alle Alters- und Krankenunterstützungsstellen, namentlich die staatlichen, als reaktionär verworfen. Auf der Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins im Jahre 1874 wurde jeder für einen Verräter an der Arbeiterklasse erklärt, der die gewerkschaftliche Bewegung in den Vordergrund brachte. Der Beschluß behauptet, dies geschehe meist nur aus Egoismus.

Als Schmeißer im Jahre 1899 seinen Arbeiterschutzgesetz-Entwurf einbrachte, lehnte Liebknecht ab, ihn zu unterstützen, weil er darin ein Entgegenkommen an die bürgerliche Gesellschaft erblickte.

Auf dem Parteikongress in Baden 1880 beantragten die Berliner ein Mißtrauensvotum gegen Bebel, weil er sich für die Landesverteidigung ausgesprochen hatte.

Im Jahre 1884 brandmarkten die Berliner Genossen die Parteiführung an den Stadtverordnetenwahlen als Parteiverrat, Korruption und Programmwidrigkeit.

Im Jahre 1885 protestierten zahlreiche Parteiorganisationen gegen den Eintritt der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten in den Reichsterrat.

Im Jahre 1896 wurde der Buchbinderverband gespalten, weil die Kinderheit den Abschluß eines Tarifvertrages für Verrat am Klassenkampf ansah. Auch das Leipziger Gewerkschafts-tariff protestierte gegen Tarifgemeinschaften.

In derselben Weise gibt Pinau Beispiele für das Verratgeschrei und den bald darauf folgenden Stellungswechsel der Gesamtpartei in Beziehung auf die Krankenkassen, die Vizepräsidentenfrage, den Freundschaft der Abgeordneten, die Steuererhebung, die Wahlkompromisse, die Agrarfrage usw. Das klassischste Beispiel aber ist das Parteiprogramm selbst: kein Eringerer als Marx selbst hat das Eisenacher Programm von 1875 „jämmerlich“ und „korruptierend“ genannt und heute herrscht Einstimmigkeit darüber, daß seine Annahme in Wahrheit den größten Fortschritt bedeutete, den die Partei je gemacht hat.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Montag mittag. Mäßig warm, nur vereinzelt Gewitter; sonst trocken und heiter.

Verantwortl. f. Politik: Dr. Franz Tischer, Berlin-Friedenau; für d. übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Kaufh.; für Inserate: H. Giese, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsanstalt u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

Hierzu 2 Beilagen.

A. WERTHEIM

Waschstoffe bedruckt

Krepon mit kleinen Blumenmustern	Meter	1.95
Baumwoll-Musselin in schönen türkisch. Mustern	Meter	2.65
Tupfen-Mull mit Streublümchen bedruckt	Meter	4.25 4.75
Weiß Schleierstoff mit großem Punktmuster, in marine und schwarz, etwa 110 cm breit	Mtr.	5.75
Weiß Seiden-Barist mit neilfarbigem Punktmuster, etwa 110 cm breit	Meter	6.75
Schleierstoff mit türkischen Mustern in neuen Mustern und Farben, etwa 115 cm breit	Meter	7.00

Waschstoffe bestickt

Weiß Mull mit kleinen Mustern bestickt	Meter	3.50
Weiß Mull mit farbigem Punkt in verschiedenen Farben, etwa 80 cm breit	Meter	5.00
Weiß Schleierstoff mit Lochstickerei, etwa 115 cm breit	Meter	7.00
Weiß Schleierstoff mit farbigen Mustern bestickt, aparte Neuheit, etwa 110 cm breit	Meter	8.25
Weiß Schleierstoff mit schönen Blumenmustern bestickt, etwa 115 cm breit	Meter	8.50
Farbig Schleierstoff mit reich bestickten Mustern in schönen Farben, etwa 115 cm breit	Meter	9.50

Damenwäsche

Damenhemden mit Stickerei-Ansatz	8.75
Taghemden mit Stickerei-Elb u. Ansatz u. Banddurchzug	11.25
Beinkleider dazu passend	9.75
Nachthemden dazu passend	20.75
Taghemden mit Stickerei-Elb und -Ansatz	12.75 14.75
Beinkleider dazu passend	9.75 11.25
Nachthemden dazu passend	22.00 24.00
Taghemden mit Stickerei und Spitzen	18.75
Beinkleider dazu passend	14.00
Nachthemden dazu passend	29.50
Untertaillen mit Stickerei	6.75
mit Motiv u. Spitzen	10.00
Untertaillen mit imitierter Handstickerei	Mk 11.50

Damenkleider

Kleid aus weißem Schleierstoff m. Handstickerei elegant verarbeitet

Kleid aus gestreiftem Schleierstoff in mod. jugendlicher Form

Kleid aus dunkelge mustert. Schleierstoff in kleidsamen feachen Formen

44.00 57.00 59.00

Seidenstoffe

Perlseide einfarbig, etwa 45 cm breit	Meter	4.50
Kettdruckseide für Blusen und Besätze	Meter	7.00
Foulardseide 60 cm und 110 cm in schönen Mustern und Farben		
Schleierstoffe einfarbig und bedruckt, viele Muster, etwa 100 cm breit		
Deutsche Bastseide naturfarbig, bedruckt und bestickt		
Reinseidene Trikotstoffe schwarz und farbig, 140 cm breit		
Wasserdichte Seidenstoffe für Mäntel, etwa 120 cm breit		

Waschblusen

Verkauf am Wäschelager

Waschbluse aus Schleierstoff mit Handstickerei	12.75
Waschbluse aus Schleierstoff mit farbiger Garnatur	16.25
Waschbluse aus Schleierstoff mit gesticktem Vordersteil	16.75
Waschbluse aus gesticktem Schleierstoff mit Hoblfalten	18.75
Waschbluse aus gestickt Schleierstoff mit imit. Filetspitze	20.75
Waschbluse aus gestickt Schleierstoff mit imit. Filetspitze	21.75
Waschbluse aus farbig gesticktem Schleierstoff mit mod. Ausschnitt	22.50

Reichskonferenz der sozialdemokratischen Frauen.

In den Räumen des Parteibüros, Berlin, Lindenstraße, trat gestern unter der Leitung des Genossen Braun vom Parteivorstand die Frauenkonferenz für das Reich zusammen.

Der Parteivorstand, sagte Braun weiter, besitzt volles Verständnis dafür, daß so manche der Frauen in dieser feilschen und wirtschaftlichen Bedrängnis den demagogischen Treiben...

Nachdem ein Antrag, den als Gäste anwesenden Frauen das Mitbestimmungsrecht zu geben, abgelehnt worden war, erhielt Genossin Zuchow als erste Referentin zum Punkt

„Die Frauen in der Kriegswirtschaft“ das Wort. Mit einigen Zahlen des Reichsstatistischen Amtes gab sie einen Gradmesser für die Größe des Begriffs: die Frauen und die Kriegswirtschaft. Am 1. Juli 1916 erwiesen die berichtenden Krankenkassen 4 299 126 Männer, aber auch schon 3 827 640 Frauen.

Anfänglich brachte der Krieg Arbeitslosigkeit, Verwirrung, Hilflosigkeit. Dann kam die stark vernehnte Nachfrage nach Frauenarbeit, eine beispiellose Annaphe und Keuerung der Lebensmittel; sie trieben die Frauen in Scharen zum Erwerb und in die Fabrik.

Jedoch nicht ohne unsere anregende Mitarbeit und tätige Eigenhilfe. Die ippunghaften Umwälzungen veranlassen wie unsere Organisationen so auch Reich, Staaten und Gemeinden zu korporativen Einrichtungen: Preisprüfungsstellen, Kontrollen des Verkaufs, Konsumvereine, Anstalten, Kinderfürsorge.

Die zweite Referentin zu diesem Punkt, Genossin Hanna Berlin, zog die Begründung heran, die die Regierung selbst ihrem im Jahre 1906 erlassenen Gesetz des freien Versammlungsrechts für die Frauen gab.

„Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat dahin geführt, daß die Teilnahme der Frauen an öffentlichen Angelegenheiten

eine erhebliche Steigerung erfahren hat... Infolge dieser erweiterten, zum Teil selbständigen und mit Verantwortung verknüpften Tätigkeit sind die Frauen an der Lösung öffentlicher Aufgaben in der Gegenwart in weit höherem Maße beteiligt als früher.

Was damals die Regierung selbst ausführte, um den Frauen aus dem lächerlichen „Segement“ hinaus in das freie Versammlungsleben Zutritt zu geben, ist durch den Umschwung der drei Kriegsjahre in noch unendlich stärkerem Maße in Erscheinung getreten und fordert nun auf, die Konsequenzen zu ziehen.

Von dieser Auffassung aus entwickelte die Referentin ein Programm von Arbeiterinnen-, Mütter- und Kinderhilfe. Das System der Fabrikpflegerinnen müsse ausgebaut werden, und die Genossinnen müssen dafür sorgen, daß es gut ausgebaut wird, indem es in richtige Hände kommt.

Auch diese Ausführungen wurden mit starkem Beifall gelohnt.

Genossin Simon-Brandenburg zeigte an ihren Erfahrungen, wie notwendig es sei, daß sich die Genossinnen um die Jugendgerichts-fürsorge kümmern. Auch der Einziehung der Fabrikpflegerinnen und der Arbeitslosenunterstützung sei vermehrt Aufmerksamkeit zu schenken.

Genossin Grünberg schildert die Verhältnisse, die an den Nürnberger Arbeitsplätzen herrschen, auch dort versuchen die bürgerlichen Damen mit den Arbeiterinnen in Fühlung zu treten und ihnen zu helfen, aber meistens ist der Weg, den sie hierzu einschlagen nicht gangbar.

Genossin Reine-Hamburg erklärt, sie selbst sei jetzt 3 Jahre in der Kriegsfürsorge tätig und sei der festen Überzeugung, daß die Frauen, denen durch unsere Mithilfe in ihrer bittersten Not geholfen sei, später für unsere Bewegung zu gewinnen seien.

Genossin Rühl-Wöll: Wenn wir früher hinausjagen zur Agitation, so verneinten wir meistens die Teilnahme an praktischer Tagesarbeit mit den Bürgerlichen. Der Krieg hat uns aber gezeigt, daß wir in Zukunft ganz anders handeln müssen; wir müssen weit mehr damit rechnen, praktische soziale Arbeit zu leisten, wir dürfen keinesfalls diese soziale Fürsorge allein den bürgerlichen Damen überlassen.

Genossin Anna (Zeltow-Weestow) berichtet über die Tätigkeit der Genossinnen im Nationalen Frauendienst. Im weiteren wünscht sie einen regen Anschluß der Genossinnen an das Frauendurcau.

Genossin Lecher-Spolda erklärt, wie durch ihre Mitarbeit die Vergebung der Heeresnäherer für das Herzogtum Sachsen-Weimar in Händen des Gewerkschaftsfortells ruhe. Dieses wagt darüber, daß die Fabrikanten die vorgeschriebenen Löhne zahlen.

Genossin Ege-Frankfurt: In der etwas liberal gefinnten Stadtverwaltung sind die Genossinnen stark vertreten und infolgedessen ist die Mitarbeit der Genossinnen dort viel leichter. Seit 1888 sind dort Frauen in der Armenpflege tätig und gleich bei Kriegsausbruch sind die Stadtverwaltung zur sozialen Mitarbeit ein. Leider fehlte es uns an einer genügenden Zahl geeigneter Frauen.

Genossin Grzesinski-Kassel meint, die Beteiligung an allen sozialen Einrichtungen sei nichts Neues, sondern eine alte Forderung, die auch in der Forderung auf Zulassung von Frauen zu allen Körperschaften zum Ausdruck kommt. Die soziale Tätigkeit sei in Wirklichkeit viel größer als wie sie im Bericht zum Ausdruck kommt.

Genossin Sellmann-Halberstadt berichtet ebenfalls über die einflussreiche Stellung, die die Genossinnen in der sozialen Fürsorge ausüben.

Genossin Schulz-Witten meint, wenn es auch keine neuen Forderungen gewesen seien, die an die Frauen bei Kriegsausbruch gestellt wurden, so seien die Frauen doch an diese neuen Aufgaben mit recht gemühten Gefühlen herangetreten. Dennoch würden sie den Anforderungen gerecht.

Genossin Schradin zieht einen Vergleich mit der Mannheimer Frauenkonferenz und der heutigen. In Mannheim hörte man nur die Mahnung, die grundlegenden Prinzipien des Sozialismus hochzuhalten; heute hört man von praktischer Arbeit.

Genossin Bremer-Dannover regt an, auch der Wohnungsfürsorge Aufmerksamkeit zu schenken, da es beispielsweise in Hannover arg in der Kleinwohnungsfürsorge aussehe.

Genossin Herber-Bremen gab einen Situationsbericht über die soziale Arbeit, die dort von den Genossinnen geleistet wird.

Genossin Jekel-Lübeck sprach über die dort bestehende Kinderschulkommission. Auch diese Rednerin ist in allen Kommissionen der sozialen Fürsorge tätig.

Genossin Hiller-Heilbronn führt aus, heute herrsche hier eine ganz andere Stimmung als wie auf den früheren Konferenzen, heute könne man ungehindert die Notwendigkeit der praktischen Mitarbeit schildern. Dies sei als Anfang einer neuen Zeit für unsere Frauenbewegung zu begrüßen.

Nach kurzen Schlussworten der Referentinnen wurde die Sitzung auf Sonntag früh vertagt.

Groß-Berlin Schulferien.

Die großen Sommerferien haben begonnen. Titel Freude herrscht unter der lieben Schuljugend. Schon tagelang vorher beherrschte der Gedanke daran die Gemüter. Alle freuten sich darauf, endlich für lange Zeit des lästigen Schulzwanges ledig zu sein.

Trotzdem circa 40 000 Kinder schon im Mai nach Ostpreußen gebracht werden konnten und viele mit den Eltern oder auch allein zu Verwandten aufs Land reisen können, bleiben doch immer noch circa 180 000 Kinder der ärmeren Bevölkerung hier, denen die Möglichkeit einer Reise in die Sommerfrische nicht gegeben ist, die der Erholung und Kräftigung aber dringend bedürfen.

Hier hat nun die Stadt Berlin seit Jahren schon durch Einföhrung der Ferienspiele auf den zu diesem Zweck besonders angelegten Augenspielplätzen dafür gesorgt, daß die Kinder ihrer Volksschulen, fern von den Gefahren der Großstadt, unter Leitung und Aufsicht bewährter Lehrer und Lehrerinnen, in freier, frischer Luft sich nach Herzenslust bewegen können.

Auch für die Belöstigung der Kinder, die ja den ganzen Tag drauhen bleiben, wird, den Kriegsverhältnissen ent-

Der starke Mann.

44] Eine schweizerische Offiziersgeschichte von Paul Hg.

Nach einer Viertelstunde stieg der Oberleutnant gestieft und gepörrt hinunter. Aber die Stube war leer. Und als er ins Freie kam, bot sich ihm ein Bild, das ihm ganz und gar nicht behagte. Der Vater saß am kleinen Gartentisch und markierte trotz Sonntag und Festlichkeit mit einem zähen Bauern, der anscheinend geru einen Posten Vieh losgeschlagen hätte und, da kein rechtshafter Handel daraus werden wollte, gar noch Gemütsstone ansah.

Glocke geschlagen hatte, sah sich der letztere schnell nach dem Bruder um, den er zu seinem Erstanten neben der Schwester und deren Kindern im Garten entdeckte. Frau Gmür prüfte offenbar Wohlstand und Gedeihen in den Gemüsebeeten, frisierte Salat und Kohlköpfe und hatte im eürigen Gespräch mit dem Pfarret sogar noch Augen für ihre Kleinen, die mit großem Hallo auf die Enten- und Truthahnjagd auszogen.

Wie ihn das alles auf einmal bedrängte! Erst der höllische Rausch — die Frucht seiner Untätigkeit und Nervenüberreizung — nun noch dieses peinliche Familiengericht, der suchardt geladene Alte, die soliden Geschwister, die vor ihm zu Boden schauen mußten. Er ließ es sich innerlich etwas kosten, sowie er sich schließlich zusammenraffte und auf die beiden zuging, als ob er noch unentwegt auf dem breit-spürigsten Geiße führe.

Adolf Venggenhager versuchte gar nicht erst, die erbitterten Gemüter zu beschwichtigen. „Daran ist tatsächlich nicht zu rütteln!“ entgegnete er mit krauer Stirne, wobei er den kleinsten Neffen vom Boden aufhob, einigemal belustigend in der Luft schwenkte und dann mit den anderen fortschickte. Er wollte das bleiche Entsetzen in den Zügen des Pfarrers nicht sehen.

„Ja, sag einmal —“ meinte dieser, den Bruder beiseite nötigend, „kannst du mir einen triftigen Grund angeben, warum du, abgesehen von deiner Abbanlung, knapp vier Wochen nach dem Begräbnis der Mutter, durchaus ein

Rennen mitreiten muht?“ Der Gefragte antwortete nicht sogleich, sondern schaute wie ein geschlagener Feldherr in die Runde — der verlorenen Heimat ins Herz hinein. Er hatte während diesen bitteren Wochen seines Lebens das gequälte Haupt wohl manchmal hilflos auf seine Brust gelegt; allein ihre heilende Kraft konnte seine harte Natur nicht mehr durchdringen. Nun stieß sie den Entwurzelten, der ihr nur Abbruch tat, vollends aus. Dort... die Johannis- und Stachelbeerbüsche, in denen er mit den Geschwistern um die Wette Ernte gehalten hatte, der Wald von Obstbäumen, deren jeder ihm früher nach Art und Leistung wie ein Spielgenosse vertraut war — für ihn trugen sie keine Früchte mehr. Das fühlte der Abtrünnige bis ins Mark, auch ohne die brüderliche Ankündigung, daß der Alte ihm in diesem Falle das Haus für immer verschließen werde. Fast teilnahmslos ließ er die Duhpredigt über sich ergehen.

„Ich kann es ihm nicht verdenken. Nicht genug, daß du seinen Namen in Berruf gebracht hast — jetzt willst du ihn auch noch verächtlich machen. Du wunder dich nicht, wenn auch uns endlich der Geduldsfaden reißt. Was sind wir überhaupt noch in deinen Augen? Bist du noch irgendwie mit uns verwachsen? Heut' sage ich selber nein. Wir sind für dich so ganz nette, harmlose Leuten, mit denen du auf einer unbedeutenden Lebensstrecke zusammenreiten muhtest. Solche Bekanntschaften pflegt ein Mann von Welt nach erreichte Ziel ganz einfach abzuschütteln, nicht wahr? Willst du sagen, so hättest du vermutlich auch uns abgedankt, wenn der grohartige Luxuszug nicht entgleist wäre.“

Was hinderte den Beleidigten, ohne ein Wort der Verteidigung aufzubrechen? Hier waren die Grundpfeiler der gegenseitigen Verständigung insanken gekommen. Dennoch wich er nicht von der Stelle, und ebensowenig fand er den gerechten Jörn, der die treuherrige Erbitterung des Bruders niederringen konnte. Daß er dessen leidenschaftliche Anklagen mit satrassischen Einwürfen begleitete, machte die Sache nicht besser. Ja, das war freilich anders, als wenn er mit Hochgefühl eines gefürchteten Befehlshabers die Front der Kompagnie abichritt, die geringsten Fehler mit Sperberblicken aufspürend, Unteroffiziere und Mannschaften mit unerbittlicher Strenge behandelnd. Hier wurde nun einmal seine Beschaffenheit einer nicht minder peinlichen Wusterung unterzogen. Wie ein fauler Rekrut, der seinen Kaput lieberlich rollte, mußte er dem strafenden Inspizienten standhalten. (Zorif. folgt.)

sprechend soweit als irgend möglich gesorgt. — Das wir vielen Eltern bei der allgemeinen Knappheit der Lebensmittel willkommen sein.

Früh, nach der Ankunft auf den Plätzen, erhalten die Kinder ein warmes Getränk, Tee oder Kaffee mit Milch, mittags Suppe, nachmittags Kaffee und eine Schnitte Brot. Nur zum Frühstück ist den Kindern etwas mitzugeben. Die Verpflegung ist kostenfrei. Soweit die Bahn oder die Elektrische Straßenbahn zur Beförderung benutzt werden muß, werden 20—30 Pf. pro Kind erhoben. Bei mehreren Kindern aus einer Familie tritt Ermäßigung und auch Freistellung ein. Außerdem werden an bedürftige, besonders aber an Kinder von Kriegsteilnehmern, Freifahrten ausgegeben.

Es kann den Eltern im Interesse der Gesundheit ihrer Kinder nur warm empfohlen werden, ihren Lieblingen die Möglichkeit zu geben, an diesen Ferienfesten teilzunehmen.

Gegen den Wucher mit Obst und Gemüse.

In der am Freitag abgehaltenen Versammlung von Obst- und Gemüsehändlern, über deren ersten Teil wir am Sonnabend berichteten, folgte dem Referat des Generalsekretärs Neubauer und den Erklärungen des Oberregierungsrats von Tilly und des Magistratsrats Jordan eine sehr lebhaft, sich bis Mitternacht hinziehende Diskussion. Eine Hälfte von Besuchern wurde vorgebracht, die sich teils gegen die Produzenten und Großhändler, teils gegen die Berliner Zentral-Markthalle richteten. Ein Kleinhändler erzählte, daß nach Festlegung von Höchstpreisen ihm Gemüsebauern gesagt haben, sie würden mal erst acht Tage lang den Berlinern kein Gemüse liefern und sie hungern lassen, denn werde man schon andere Höchstpreise kriegen. Wegen die aufstauenden „Kerper“, über die bitter geklagt wurde, stellte ein Vertreter des Kriegswirtschaftsamt's scharfes Vorgehen in Aussicht. Oberregierungsrat von Tilly ergriff nochmals das Wort, um die Kleinhändler zur Vermeidung ihres Gemeinfinns zu ermahnen, „Denn müssen Sie“, fragte er, „den Großhändlern und den Erzeugern mehr als den vorgeschriebenen Preis geben? Weil einzelne das tun und die anderen das nachmachen! Weil Sie nicht als treue Kameraden zusammensetzen! Organisieren Sie sich!“ Zur Frage der Höchstpreise sagte er: „Geben wir die Höchstpreise auf, dann haben wir Ware. Aber für wen? Für die Reichen!“ Den Kleinhändlern empfahl er dringend, keinen ihrer Kunden zu bevorzugen, auch nicht gegen Gewährung von Vorteilen.

Die Ungleichheit der Obst- und Gemüseverteilung.

Zu einem frühlichen Besuch des Obst- und Gemüse-Großmarktes in der Berliner Zentral-Markthalle hatte der Magistrat die Vertreter der Presse eingeladen. Wir konnten längst aus wiederholten Beobachtungen das Schauspiel, das da Nacht für Nacht im Morgengrauen sich bietet. Ein Trauerpiel nennen's die Kleinhändler. Der Besuch, den wir unter Führung des Magistratsrats Jordan machten, hat uns nur in unserer Ansicht bestärkt, daß die Ungleichheit der Obst- und Gemüseverteilung dringend der Abhilfe bedarf.

Schon im Dunkel der Nacht sammeln sich lange vor dem um 4 Uhr festgesetzten Beginn des Großmarktes viele Kleinhändler vor den gesperrten Eingängen der Markthallen, um bei Eröffnung möglichst die ersten zu sein. Hastig strömen sie dann in die Halle hinein, eilen um die Weite zu den Ständen der Großhändler — und müssen nur zu oft die Enttäuschung erleben, daß nichts mehr für sie zu haben ist. Die Obst- und Gemüseverteilung, die jetzt auf unseren Markt kommen, reichen nicht annähernd aus, die gerade in der Kriegszeit außerordentlich gestiegene Nachfrage nach diesen Nahrungsmitteln zu befriedigen. Die Kleinhändler klagen aber auch darüber, daß ihnen immer wieder vor noch mit Waren besetzten Ständen der Großhändler und Produzenten erklärt wird, diese Ware sei „bereits verkauft“. Wie ist es möglich, daß man so oft schon kurz nach 4 Uhr morgens diese Antwort erhält? Wir hörten bei unserem Besuch der Markthalle manches bittere Wort aus dem Munde der leer ausgehenden Händler. „Man kriegt ja hier nie Ware!“ und „Nicht ein Korb ist zu haben!“ und „Schon um 4 Uhr ist nichts mehr da!“ Klang es durcheinander. Ob dabei, wie die Kleinhändler behaupten, Schiebung im Spiel ist, läßt sich an den über den Kauf auszufertigenden Schlußscheinen prüfen. Können die Schlußscheine nicht vorgelegt werden, so erfolgt Anzeige zur Bekräftigung und unter Umständen auch Ausweisung aus der Halle. Daß die Kleinhändler über die vermuteten Schiebungen erregt sind, ist sehr begreiflich. Zwar wissen auch sie, daß bei der Unzulänglichkeit der Warenzufuhr stets nur ein Teil der Händler befriedigt werden kann. Geklagt wird aber, daß es immer wieder dieselben Kleinhändler seien, die zuerst berücksichtigt werden. Daraus ergibt sich selbstverständlich auch für die verkaufende Bevölkerung eine Ungleichheit der Versorgung; denn es ist dann immer wieder nur die bei diesen bevorzugten Händlern laufende Kundschaft, die ihren Bedarf an Obst und Gemüse decken kann. Man wird wohl nicht fehl gehen mit der Annahme, daß dabei die lauffähigere Kundschaft dank der „Müßiggang“ ihrer „Lieferanten“ besser als die minder lauffähige weglommt.

Die vom Berliner Magistrat eingerichtete Abteilung für Obst- und Gemüseversorgung ist jetzt zu der Ansicht gelangt, daß gegen die Ungleichheit der Kleinhändlerbelieferung doch einiges getan werden muß. Geplant wird, zum Kauf auf dem Großmarkt der Zentral-Markthalle nur noch wirkliche Kleinhändler (und daneben Beauftragte von Wohlfahrtsvereinen) zuzulassen und für sie einen Kummernauftrag einzuführen.

Höchstpreise für Gänse

Sind jetzt vom Bundesrat festgesetzt. Sie betragen im Juli 16, im August 17, nachher 19 M., auch für Verkäufe, die vor dem Inkrafttreten der Verordnung abgeschlossen sind. Die Preise gelten ab Staß des Jägers oder Mästers. Beim Weiterverkauf darf ein Zuschlag von 2 M. einschließlich der Beförderungskosten nicht überschritten werden. Bei geschlachteten Gänsen betragen die Höchstpreise beim Verkauf durch den Jäger oder Mäster an den Händler frei Verladung 3,50 M. für das Pfund; für den Kleinhändler frei Lager 3,75 M.; für den Verbraucher in Gemeinden bis zu 100 000 Einwohner 4 M.; in größeren 4,25 M.; beim Verkauf vom Jäger an den Verbraucher 3,75 M., in Großstädten 4 M. Die Preise gelten für ungeöffnete, gerupfte Gänse ohne Schwanzfedern mit Verpackung. Strohhindung ist verboten. Vom 1. August an muß bei jeder Veränderung an Händler, Jäger oder Mäster und an Inhaber von Wirtschaften ein Schlußschein ausgefertigt werden.

Berliner Lebensmittel.

Nach Mitteilung des Magistrats kann Sirup auf den Lebensmittelabschnitt 84 in jedem Geschäft bezogen werden, das noch Sirup auf Lager hat, nicht also nur in denjenigen, wo der Käufer als Zuckerkunde eingeschrieben ist. Es werden gegen Ende des Monats neue große Sirup-Lieferungen erwartet, so daß die Einlösung aller Abschnitte sichergestellt ist.

Ueber die Lage der Kohlenversorgung

hat der Zentralverband der Kohlenhändler Deutschlands den oberen Behörden (Ministerien) folgende Erklärung auf Erfordern abgegeben: „Sofort nach Ausbruch des Krieges senkten wir das Augenmerk unserer Mitglieder auf eine zweckmäßige rationierte Abgabe der Hausbrandkohle an die Bevölkerung. Schon 1913 gaben wir dem Deutschen Kriegsministerium und dem Großen Generalstab Erklärungen über Errichtung eiserner Behälter in Brennmaterialien ab und setzten unsere dringenden öffentlichen Hinweise fort, die Haushaltungen möchten sich daran gewöhnen,

die Einkofferung des Winterbedarfs im Sommer vorzunehmen. Als in der Kriegszeit die Zufuhren an Hausbrandkohle immer mangelhafter wurden, setzten sich zahlreiche städtische Verwaltungen nach vor Gründung der Ortskohlenstellen mit unseren Vereinen in Verbindung und es entstanden mit unserer Hilfe Kohlenverteilungspläne, die sich als brauchbar erwiesen. Die von der Reichskohlenverteilungsstelle ins Leben gerufenen Ortskohlenstellen basierten die Kohlenverteilungspläne in ordnungsgemäßer Weise aus. Im Einklang mit verschiedenen Großstädten wurden Sparheißvorrichtungen für Haushaltungen ausgearbeitet. Mit der Lösung der Sparheißfrage sind wir beschäftigt. Diese Arbeiten halten zwar schon die zu verbrauchenden Hausbrandmengen auf ein niedrigeres Maß herabzusetzen, doch die Eingänge von den Erzeugungsräumen sind noch weit unter dieses Maß zurückgegangen. Man spricht im Hausbrandkohlenhandel schon längst nicht mehr von systematisch verkürzten Mengen als erklärliche Kriegsfolge, sondern nur noch von Zufallsmengen, die an den verschiedenen Plätzen in regelloser Folge ankommen. Nach persönlicher Rücksprache mit der Leitung der Reichskohlenverteilungsstelle hat der Zentralverband versucht, dem Mangel an statistischen Verbrauchsdaten abzuhelfen. Nach vieler Mühe vermochten wir festzustellen, daß im Durchschnitt etwa 25 v. H. bei Steinlohlen für den Hausbrand verwendet wurden, und in Gegenden mit ausgesprochener Braunkohlenfeuerung etwa 30—40 v. H. der Gesamtenergiamengen. Die preußisch-rheinischen Steinlohlenwerke liefern etwa 20 bis 25 v. H. zu Hausbrandzwecken. Wäre die Gewähr für Vereinnahmung der Hälfte der bisherigen Hausbrandfrachten gegeben, so hätte man auf dieser Grundlage nicht nur eine gerechte Verteilung, sondern auch eine beruhigende Lösung der Kohlenfrage erzielen können. Eine Vorenthaltung von Mindestenergiamengen auch für den Hausbrand bietet eine sichere Gewähr für die Versorgung der Bevölkerung mit einer Mindestmenge Hausbrandmaterial. . . .“

Das „Allerneueste“ ist, wie eine Lokalkorrespondenz mitteilt, die Herstellung von festen Kohlenfäden aus Papier als Ersatz für Jute-, Kork- und ähnliche Sätze. — Das Allerwichtigste wäre unseres Erachtens die jährliche Herbeischaffung der zur Fällung der „festen“ Papierfäden bestimmten Kohlen.

Auf den Stadtbahnhöfen ist aufgefunden wurde in der Nacht zu Sonnabend auf dem Bahnhof Friedrichstraße der 53 Jahre alte Kaufmann Jakob Bloch, Mitinhaber des Bankgeschäfts für Hypotheken und Grundbesitz in der Lutherstr. 47 zu Charlottenburg. Er hatte schwere Kopfverletzungen und es läßt sich noch nicht sagen, ob ein Unglück oder ein Selbstmord vorliegt.

Neukölln. Errichtung einer städtischen Bank. Die am Donnerstag tagende Stadtverordnetenversammlung wird sich in geheimer Sitzung mit der Errichtung einer städtischen Bank beschäftigen.

Lebensmittel. Die neu ausgegebene allgemeine Lebensmittelkarte ist in der Zeit vom 9.—12. Juli erneut zur Kundenliste für den Bezug von Kolonialwaren anzumelden. Die näheren Bestimmungen enthält die amtliche Bekanntmachung des Magistrats. — Der Magistrat teilt ferner mit, daß er zunächst nur 1 Pfund Kartoffeln auf den Kopf der Bevölkerung zur Verteilung bringen kann. Kartoffeln können nur auf die beiden nichtskaffierten Abschnitte 65a der roten Kartoffelkarte und die vier Abschnitte der roten Kartoffelzulagekarte entnommen werden, und zwar auf den Abschnitt 1/2 Pfund. Wer bis einschließlich Freitag, den 13. Juli, Kartoffeln nicht hat erhalten können, kann auf jeden Abschnitt am darauffolgenden Sonnabend und Sonntag je 100 Gramm Gebäck entnehmen. — Auf die sechs skaffierten Abschnitte und die zwei weißen Abschnitte 65d der Kartoffelkarte können als Ersatz für die fehlenden Kartoffeln auf jeden Abschnitt gleichfalls 100 Gramm Gebäck entnommen werden. Zur Abgabe von Gebäck auf die Kartoffelabschnitte sind nur diejenigen Wägereibetriebe berechtigt, die ihr Wehl vom Magistrat Neukölln zugewiesen erhalten. Mehl gelangt auf die Kartoffelkarte nicht zur Verabgabung.

Charlottenburg. Beratungshalle für Geschlechtskranke. Die Sprechstunden der städtischen Beratungsstelle für Geschlechtskranke im Charlottenburger Krankenhaus, Kirchstr. 19/20, finden von jetzt an für Männer und wie für Frauen dreimal wöchentlich und zwar Montags und Freitags von 12—1 Uhr und Mittwochs abends von 7—8 Uhr statt. Geschlechtskranke werden hier unentgeltlich untersucht und beraten.

Schöneberg. Die Kinderferienspiele beginnen Montag, den 9. Juli. Die Kinder treffen sich an der Eisenbahnunterführung Ebers, Ecke Hauptstraße, nachmittags 1 1/2 Uhr. In Begleitung der Genossin Bäumer und mehrerer Genossinnen, die an der Aufsicht beteiligt sind, gehen alle gemeinsam nach dem städtischen Spielplatz an der Außendstraße. Zur Entgegennahme der Freisprüche ist einem jeden Kinde ein Trinkgefäß mitzugeben. Ebenfalls wird eine Schnitte Brot verabreicht. Die Rückkehr beginnt abends 8 Uhr. Jedes Kind erhält einen Ausweis, der bei Abgabe von Speise und Trank vorgezeigt werden muß. Anmeldungen nehmen die Genossinnen entgegen, ebenfalls auch Geldspenden.

Potsdam. Erhöhung der Krankenhausbühren. Eine lebhaft ausgesprochene entsetzte der Magistratsantrag auf Erhöhung der Krankenhausbühren in der 3. Klasse. Der Finanzaußschuß hatte den Antrag einstimmig abgelehnt. Die Versammlung verließ ihren Ausschuß vollständig und folgte den Darlegungen des Stadtrats Dr. Over. Mit Stimmengleichheit wurde die Erhöhung der Sätze um 50 Pf. pro Stufe beschlossen. Der Rechnungsabluß für das Etatsjahr 1916 hat über den Vorschlag eine halbe Million Uebererschüsse erbracht.

Steglitz. Lebensmittel. Außer der üblichen Wochenrate werden verteilt: Grieß, Hafersoden und Eier an Kranke gegen Bezugsfähigkeit in den ihnen zuteilenden Mengen. Kondensierte Milch für Kinder, die in der Zeit vom 17. April 1905 bis 17. April 1906 geboren sind, gegen besondere Karte. Hafersoden an Kinder bis zum vollendeten 2. Lebensjahre auf Hafersodenkarte.

Wilmerdorf. Lebensmittel. In der kommenden Woche werden folgende Lebensmittel ausgegeben: 500 Gramm Fleisch, 1 Pfund Kartoffeln und als Ersatz für die restlichen 4 Pfund Kartoffeln höchstens 500 Gramm Gebäck; 3 Eier a 34 Pf., 375 Gramm Zucker. Weiter werden abgegeben bis einschließlich 11. Juli: Abschnitt E = 100 Gramm Agrotrophenmehl, F = 125 Gramm Kartoffelflocken, G = 125 Gramm Teigwaren; bis einschließlich 15. Juli: Auf Abschnitt H = 125 Gramm Speisefleisch, Abschnitt I = 100 Gramm Gerstengraupe oder Gerstengraup, Abschnitt K = 100 Gramm Hafersuppe oder Hafersuppe. Auf Haushaltungskarte werden verkauft bis zum 12. Juli einschließlich: Abschnitt 12 = 45 Gramm Puddingpulver a 14 Pf. oder 100 Gramm loses Puddingpulver zu 20 Pf., Abschnitt 13 = 125 Gramm Fruchtrost für 60 Pf.; bis einschließlich 15. Juli: Abschnitt 15 = 2 Pf. Gemüsekonserven. Markenfrei wird abgegeben Weißkohlaustraus a 20 Pf. bis zur Höchstmenge von 5 Pfund.

Mit Rücksicht auf den Reiseverkehr werden die Proffkommissionen heute vormittag von 10—12 Uhr, jedoch nur zur Erledigung dringlicher Fälle, geöffnet sein.

Treptow. Lebensmittel. Die Gemeindeverwaltung teilt uns mit, daß sie an Stelle von Kartoffeln nicht 500 Gramm Gebäck, sondern 1000 Gramm verabfolgt.

Brix. Lebensmittel. In der Verkaufsstelle der Gemeinde gelangen zur Abgabe auf Abschnitt 43 Rubeln (1/2 Pf. je Ver.), Abschnitt 44 Puddingpulver (1 Paket je Haushalt), Abschnitt 45 Del (50 Gramm je Ver.), Abschnitt 46 Süßfruchtmarkelade (1/2 Pf. je Ver.) nur bei Kleinhändlern; Abschnitt 47 verschiedene Waren

(Nischkonserben, Standa-Meisgertraut, Nährhefe und rote Weie), Abschnitt 48 Sonderzuteilung, und Abschnitt 50 Einmachezucker (2 1/2 Pf. je Ver., nur bei Kleinhändlern). Alleinlebende Personen können nach Abgabe des gelben Abschnitts 50 je 3 1/2 Pf. Kunst-honig als Ersatz für Einmachezucker beziehen.

Spannen. Lebensmittel. Diejenigen Einwohner, welche auf die Abschnitte 1—8 der Kartoffelkarte dieser Woche Kartoffeln nicht erhalten haben, können in den hiesigen Bäckereien auf jeden Abschnitt 25 Gramm Brot oder 17 Gramm Roggenmehl entnehmen. Das Gleiche gilt für die Abschnitte der Ritzkartelabschnitte. Die Bezugshefe für Einmachezucker können wie folgt weiter abgeholt werden: Am Montag für die Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben St und zwar nur diejenigen der Altstadt Stechow, Klosterfelde und Wilhelmstadt; Dienstag für die Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben St aus der Neustadt und Palenfelde; Mittwoch für die Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben T, U, V; Donnerstag für die Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben W aus Klosterfelde und Wilhelmstadt; Freitag für die Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben W aus der Neustadt; Sonnabend für die Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben W aus der Altstadt, Stechow, Klosterfelde und für Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben Z. Für die Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben M, die bisher die Bezugshefe nicht erhalten haben, werden dieselben in der Woche vom 9. bis 14. d. M. verabfolgt. Die Ausgabe erfolgt nur von 8—12 1/2 Uhr.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Teltow-Beeskow. Mittwoch, den 11. Juli, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlungen folgender Orte: Adlershof. Lokal Feuerstein, Bismarckstr. 82. Vortrag. Sobudorf. Restaurant Grabow, am Bahnhof Grünau. Brix. Mitgliederversammlung findet in dieser Woche nicht statt. Charlottenburg. Volkshaus, Rohnenstr. 4 (kleiner Saal). Stellungnahme zur Kreisgeneralmversammlung und Wahl von Delegierten; Stellungnahme zum Parteitag. Friedenau. Bei Schulz, Wiesbadener Str. 78, Ecke Laubacher Straße. Köpenick. Mitgliederversammlung findet in dieser Woche nicht statt. Klosterfelde. Dienstag, den 10. Juli, bei Dräger, Lindenburgerdamm 45. Vortrag der Genossin Ryne. Mariensfeld. Bei Staffel, Berliner Str. 133. Neukölln. Im großen Saal der Berliner Kind-Bräueri, Hermannstr. 214/219. Vortrag des Reichstagsabg. Genossen Gustav Bauer über: Die Konferenz in Stockholm. Stellungnahme zum Parteitag. Schöneberg. 1. Bezirk: Paul Wilde, Kollendorferstr. 16; 2. u. 3. Bezirk: Folger, Rühlhütterstr. 16; 4. Bezirk: Karl Denkel, Reisinger Str. 8; 5. Bezirk: August Meißner, Koburger Str. 5; 6. Bezirk: Erpd., Vahnerstr. 10/20; 7., 8., 9. (Inselteil), 12. Bezirk (Sachsendamm): Gottlieb Groß, Sedanstraße 17, und Paul Lehmann, Sedanstr. 53; 9. Bezirk (Heurigstraße), 10. Bezirk: Paul Katzmann, Tempelhofer Str. 18a; 11. Bezirk: Lehmann, Vegastr. 1. Steglitz. Bei Clement, Dappelfstr. 7. Tempelhof. Bei Ledermann, Kaiser-Wilhelm-Straße, Ecke Werderstraße. Treptow-Saumschuldenweg. Bei Geier, Parkstr. 2. Vortrag: Der Parteitag in Würzburg. Referent Genosse Krüger-Köpenick. Stellungnahme zur Generalversammlung. Wilmerdorf. Bei Schäfer, Brandenburgische Straße 60. Der Parteitag in Würzburg. Referent Genosse Schurow.

Niederbarnim. Sonnabend, den 14. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet im Bezirkssekretariat, Lindenstr. 3, 2. Hof 3 Treppen, eine Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter und der in den Lebensmittelkommissionen tätigen Genossen statt, welche sich mit der Verteilung von Nahrungsmitteln innerhalb des Kreises beschäftigen soll. Die Genossen und Genossinnen der einzelnen Bezirke werden gebeten, ihre Dispositionen danach einzurichten. Der Kreisvorstand.

Niederhönhausen, Pankow, Buchholz. Mittwoch, den 11., abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Settelorn, Bismarckstr. 1 am Bismarckplatz. Vortrag: „Die Sozialdemokratie und Frieden“. Referent Genosse Hugo Voehlich. Die auf dem Boden der Parteieinheit stehenden Genossinnen und Genossen und alle Vorwärtler sind eingeladen.

Karlshorst. Versammlung Dienstag, den 10., abends 8 1/2 Uhr, bei Pöler, Dönhofsstraße. Tagesordnung: Der Parteitag in Würzburg. Die Lebensmittel- und Kohlenverteilung, Kasernenbericht und Geschäftliches. Aufnahme neuer Mitglieder, Entgegennahme der Beiträge und Ausgabe von Bibliotheksbüchern findet in der Versammlung statt.

Oberschöneweide. Mittwoch, den 11., abends 8 Uhr, bei Ladewig, Kaufener Str. 5: Zahlversammlung.

Nowawes. In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins sprach Reichstagsabgeordneter Davidsohn über das Thema: „Stockholm und der Frieden.“ Am 19. Juli soll eine Zusammenkunft von Arbeiterfrauen stattfinden, in der Genossin Ryne über interessierende Fragen referieren wird. — Den Delegierten für die am 22. Juli stattfindende Kreis-Generalmversammlung wurde aufgegeben, darauf zu dringen, daß auch in der Leitung der „Neuen Zeit“ die notwendige reinliche Scheidung erfolge. — Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt; ihm gehören also an: Karl Kronberg, 1. Vorsitzender, Eisenbahnstr. 10; Hans Witte, 2. Vorsitzender; Adolf Richter, Kassierer; Reinhold Kirch, Schriftführer und Berichterstatter des „Vorwärts“ und der „Brandenburger Zeitung“, Mittelstr. 20; Ernst Jöllner, Weißiger. — Zum Schluß teilten die Gemeindevorordneten Jöllner und Dömer mit, daß die Gemeinde bereits Maßnahmen zur Versorgung der Bevölkerung mit Heizmaterial für den Winter getroffen habe. Fraglich sei jedoch, ob Stolz in der erforderlichen Menge beschafft werden könne.

Industrie und Handel.

Riesengewinne einer Keksfabrik.

Die Biskuit- und Keksfabrik D. L. Klein u. Co. in Landsküt, die ein Aktienkapital von 1 100 000 M. besitzt, weist im letzten Kriegsjahr einen Gewinn von 1 062 361 M. gegen 500 533 M. im Vorjahr aus. Um die Dividende nach außen hin nicht allzu hoch erscheinen zu lassen, benutzte die Verwaltung dieses günstige Ergebnis zu ganz außerordentlichen Abschreibungen, die gegenüber dem Vorjahr von 112 192 M. auf 408 441 M. erhöht worden sind. Der Gesellschaft bleibt ein Bruttogewinn von 600 000 M., das sind 54 1/2 Proz., und ein Reingewinn von 300 000 M., das sind 27 1/2 Proz. des Aktienkapitals. Dazu bemerkt die „Rindener Zeitung“: „Dem Ernährungspunkt aus gibt diese Bilanz Anlaß zu recht trüben Betrachtungen. Den Biskuit- und Keksfabriken Deutschlands sind 50 000 Tsd. Mehl von der RG. zur Verfügung gestellt worden. Die Preise dieses Mehles bewegen sich zwischen 50 und 80 M. für den Doppelzentner. Es nimmt sich also schon die RG. einen ganz ansehnlichen Gewinn, um zu verhüten, daß allzuviel Mehl für Konditorzwecke bei der Verteilungsstelle in Cesse angefordert wird. Und die Fabriken erzielen trotz dieser hohen Preise ihres Rohstoffes noch so außerordentlichen hohen Gewinn. Es kann kein Zweifel sein, nachdem die RG. zugunsten der Keksfabrikation nicht weniger als 100 000 Tsd. Mehl abgibt, die der allgemeinen Verteilung entgegen werden, daß Keks unbedingt zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs zu rechnen sind. Wie reimt sich das aber mit dem Bericht der obengenannten Biskuit- und Keksfabrik zusammen, wo bei der Verteilung dieser Gegenstände des täglichen Bedarfs derartige Riesengewinne erzielt worden sind, daß es jedes Kind mit den

Händen greifen kann, es sei dies nur durch Förderung übermäßiger Preise möglich gewesen."

Der österreichisch-deutsche Handelsvertrag.

Graf Esterhazy begab sich nach Wien, wo die Verhandlungen über den Handelsvertrag mit Deutschland ihren Anfang nehmen.

Soziales.

Große Worte und nichts dahinter.

Die Deutsche Volksversicherungs-Aktiengesellschaft Berlin ist auch heute wieder als einzige deutsche Versicherungsgesellschaft in der glücklichen Lage, durch das offizielle Wolffsche Telegraphenbureau einen ebenso kurzen als nichtsjagenden Bericht über ihre am 27. Juni unter dem Vorsitz des Grafen von Sotadovskij abgehaltene vierte Generalversammlung zu verbreiten.

Wie ganz anders und viel erfreulicher entwickelt sich demgegenüber die jeglicher behördlicher Protektion entbehrende Volksfürsorge.

sicherien einen Betrag von 126 642,21 M. = 7 Proz. der eingenommenen Jahresprämien überweisen zu können; dieser Fonds erhöht sich dadurch auf 346 268,55 M.

Wenn erst der richtige Geschäftsbericht vorliegt, wird man sicher erkennen, daß die Deutsche Volksversicherung ihren Beruf in dem Augenblick verfehlt hätte, als man allerseits zugeben mußte, daß die belämpfte Volksfürsorge eine gemeinnützige Versicherungsgesellschaft und kein politischer Debattierklub ist.

Änderung der Sozialversicherung in Oesterreich.

Am österreichischen Abgeordnetenhaus haben im Namen des Deutschen sozialdemokratischen Klubs die Abgeordneten Widholz, Smilla, Buchitsch und Seliger folgenden Antrag wegen der Sozialversicherung eingebracht:

Die entscheidenden Veränderungen, die die wirtschaftlichen Verhältnisse in Oesterreich erfahren haben und die wohl noch lange Zeit nach dem Kriege fortwirken werden, zwingen zu einer Reihe von Änderungen im Gefüge des Gesetzgebungsorgans über die Sozialversicherung, der in der vorigen Session von dem permanenten Versicherungsausschuß beschlossen worden ist.

Es wird ferner beantragt: Die Regierung wird aufgefordert, ungefähr eine beschleunigte Umarbeitung der Vorlage über die Sozialversicherung, insbesondere in folgenden Richtungen vorzunehmen:

- 1. Bei der Krankenversicherung ist die Ausdehnung auf die bisher noch nicht einbezogenen Kreise der arbeitenden Bevölkerung vorzunehmen. Ueberdies sind die leistungsunfähigen kleinen Kassengebilde zu beseitigen und mit den bestehenden Kassen zu vereinigen. 2. Für die Unfallversicherung: Die Höhe der Unfallrenten ist dem gegenwärtigen geminderten Geldwert anzupassen. Ueberdies ist der Kreis der Unfallversicherung unterliegenden Personen wesentlich auszudehnen. 3. Für die Invaliden- und Altersversicherung: Hier ist eine Trennung der Risikogemeinschaft zwischen Selbständigen und Unselbständigen durchzuführen. Weiter ist eine Vervollständigung des organisatorischen Aufbaues vorzunehmen. Die Renten sind den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen durch eine Erhöhung anzupassen. Endlich ist ein Anschluß der Versorgungseinrichtungen der Kriegsinvaliden vorzuziehen.

Aus aller Welt.

Gesteinsbruch. Effen, 7. Juli. Auf der Seebe Schamrock erfolgte ein Gesteinsbruch. Drei Bergleute wurden erschlagen.

Untergegangen. Stettin, 7. Juli. Bei starkem Seegang ist östlich der Greifswalder Boje der Stettiner Frachtdampfer Kommerant der Firma Stengel Rolke untergegangen. Drei Mann sind ertrunken.

Wegen Raubhieb wurde der Direktor der Schweinfurter Walzfabrik, Kommerzienrat Georg, zu 500 000 M. und sein Prokurist Stuerzenberger zu 334 890 M. Geldstrafe verurteilt.

Briefkasten der Redaktion.

H. W. 64. Wenn Sie als nichtschuldiger Teil erklärt ist, hat Sie Anspruch auf Unterstützung, sonst nicht. 2. Bei der zuständigen Steuerkasse oder Gemeindebehörde. — J. R. 54. Auch die Staatsunterstützung kann entzogen werden, wenn Bedürftigkeit verneint wird. Die vollständige Entziehung der Unterstützung scheint uns aber nach Ihren Angaben sehr ungerechtfertigt, es wäre deshalb Beschwerde beim zuständigen Regierungspräsidenten zu erheben. — F. R. 100. Wenn Sie in Ihren Verhältnissen nach der Trauung nichts ändert, d. h. wenn Sie weiter Ihrer Beschäftigung nachgeben und das gleiche Einkommen haben, wird Bedürftigkeit nicht als vorliegend erachtet und die Unterstützung verweigert. — W. 100. 1. Chronische Krankheit und wesentliche Fehler der Geistes mit erheblichen nachweisbaren Störungen der Gebrauchsfähigkeit. 2. Nein, da dieser Pensionsgeld nur demjenigen gewährt wird, denen die Gebührende nicht zuzurechnen. 3. Voraussetzungen ja, Entziehung der Invalidenrente kann aber, wenn sich der Zustand wesentlich bessert, auch erfolgen. 4. Käufer der Kapitalsbindung nicht. — P. R. 42. Ihre Forderung wäre unserer Krankschuldigkeit, Sie müßten diese zunächst gegen das Mädchen geltend machen, wenn diese die Zahlung verweigert, müßten Sie die Forderung durch Zahlungsbefehl beim Amtsgericht in Thron einbringen. — C. S. 2. Das entspricht einem Einkommen von 2000 bis 3000 M. — D. S. 2. 100. Da nach Ihrer Angabe ein Nachlaß der Frau überhaupt nicht vorhanden ist, so können auch die Geschwister keinen Anspruch auf ein Erbe geltend machen. Sie würden sonst, wenn die Eltern nicht mehr leben, Anspruch auf die Hälfte des Nachlasses haben, jedoch erben Sie die Witwenschaft allein im Voraus. — A. J. 52. Das vorhandene Vermögen dürfte nach Ihrer Darstellung als Eigentum des Vaters zu betrachten sein und hätte die Hälfte des Erbes nach dem Tode des Vaters. — W. 14. 1. Nein. 2. Kosten können nur einmal geltend gemacht werden. 3. Die aufgestellte Kostenrechnung des Anwalts und des Gerichts ist richtig. — J. R. Es besteht kein Anspruch darauf, es soll nur den Mannschaften, die über ein Jahr im Felde stehen, soweit es der Dienst zuläßt, Urlaub gewährt werden. — A. J. 999. Nein.

Sozialdemokratischer Verein für Berlin I. (Sozialdemokratische Partei Deutschlands.) Mittwoch, den 11. Juli, abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Glaue, Kommandantenstr. 88. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Parteitag. 2. Wahl eines Delegierten. 3. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen bitten! 204/10* Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein für Berlin V. (Sozialdemokratische Partei Deutschlands.) Mittwoch, den 11. Juli 1917, abends 8 Uhr, in den Unionstischalen, Greifswalder Str. 221: General-Versammlung. Tagesordnung: 1. Der Parteitag in Würzburg. Referent: Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt. 2. Freie Aussprache. 3. Wahl des Delegierten. 4. Organisationsangelegenheiten. 223/8* Der Vorstand.

Generalversammlung der Sterbekasse ehem. Pfingsther Arbeiter (Gehelche Kasse). Sonntag, 22. Juli 1917, vorm. 9 1/2 Uhr, im Vereinshaus Berliner Kämpfer, Kaiser-Wilhelm-Str. 31 (früher 18m). Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Bericht der Revisoren. 3. Bestimmung der Publikationsorgane 1917-18. 258/5* Das Mitgliedsbuch legitimiert! Der Vorstand.

MÖBEL in erstklassiger Ausführung zu allerbilligsten Preisen liefert unmittelbar ab Fabrikgebäude an Private Möbel-Groß-Lager Berl. Tischler- u. Tapetierermstr. Albert Gleiser G. m. b. H., BERLIN C. 33, Alexanderstr. 42 Alexanderplatz Umfangreichstes Lager von über 500 Einrichtungen. Besichtigung lohnend und erwünscht. Reichhaltigste Auswahl bis zum Ausserlesen. Preisverzeichnis mit Abbildung umsonst. Bahnfreie Lieferung durch ganz Deutschland.

Sozialdemokratischer Verein Berlin II (Sozialdemokratische Partei Deutschlands.) Mittwoch, den 11. Juli, abends 8 Uhr, in Habels Brauerei, Bergmannstraße 5-7: General-Versammlung. Tagesordnung: 1. Der bevorstehende Parteitag und seine Aufgaben. Referent: Abgeordneter Genosse Richard Fischer. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Delegierten und Stellvertreters zum Parteitag. 4. Kreisfragen. Um zahlreiches und pünktliches Besuch wird gebeten. Der Vorstand. J. R.: G. Schröder, Hagenberger Str. 54. Neumeldungen sowie Beiträge werden in folgenden Adressen entgegengenommen: Hermann Reise, Hertenstr. 6b; August Brandenburg, Charlottenstr. 17; Heinrich Zauerweyer, Margrafenstr. 13; Georg Feldmann, Lindenstraße 2; August Reutter, Hagenberger Straße 20a; Heinrich Schröder, Hagenberger Str. 54; Reinhold Böhmchen, Kreuzbergstr. 12; Karl Schuler, Chamissoplatz 4; Gustav Schmidt, Bismarckstraße 42; P. Widniewski, Prinzenstr. 110. 207/19*

Sozialdemokratischer Verein für Berlin VI. (Sozialdemokratische Partei Deutschlands.) Mittwoch, den 11. Juli, abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlungen. 1. u. 2. Abt. bei Dobroslaw, Söhlenerstr. 11. 3. u. 4. Abt. bei Burg, Franzlauer Allee 189. 5. u. 7. Abt. im Genossenschaftshaus, Stargarder Str. 3. 6. Abt. bei Goldschmidt, Stolpische Straße 35. 8. Abt. bei Hoffmann, Söhlenerstr. 47. 9. Abt. bei Obiglo, Straßburger Str. 11. 10. Abt. bei Carus, Voltstr. 37. 11. Abt. bei Diegel, Kieferstr. 1. 12. u. 15. Abt. bei Kenter, Birkenstr. 29a. 13. u. 14. Abt. bei Rötter, Waldstr. 31. 16. u. 17. Abt. bei Zache, Lindener Str. 26. 18. u. 19. Abt. im Schwedenzelt, Schweden- und Egerstr. 10. 20. Abt. bei Fuchs, Weddingstr. 5. 21. u. 22. Abt. bei Lewandowski, Seestr. 104. Am Donnerstag, den 19. Juli, findet unsere Generalversammlung bei Franke, Wadstr. 19, statt, die sich mit dem Parteitag in Würzburg beschließen wird. Wir erwarten zahlreiches Besuch. Der Vorstand.

Zelluloid-Film-Guttapercha-Hartgummi-Wachswalzen-Schallplatten. Möfale kauft Ordover G. m. b. H. Georgenkirchstraße 50 beim Alexanderplatz 9-12, 3-6 Uhr.

Schmiede in Pasewalk, maß. Gebäude, 300 M. Mietseinn., 2 Morg. gut. Land, Stallgeb. und Schmiede mit sämtl. Zubehör, wegen Einberufung des Meisters zum Weite von 20 000 M. bei 6000 M. Anzahlung zu verkaufen. 50892 Otto Gastke, Wilhelmstraße bei Paeckwall i. P., Tel.: 70712 Nr. 8. Bahnstation Sandhörn.

Sozialdemokratischer Verein für Berlin III. (Sozialdemokratische Partei Deutschlands.) Mittwoch, den 11. Juli 1917, im Lokal „Zum Alexandriner“, Alexandrinerstr. 37a: General-Versammlung. Tagesordnung: Der bevorstehende Parteitag. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Pannusch. — Wahl des Delegierten. — Vereinsangelegenheiten. 210/11* Der Vorstand.

Beschlagnahmefreie Mengen gebrauchter Sektforke | Weinkorke 26 Pf. das Stück 4 Pf. kauft 38/14* Ordover, G. m. b. H. Georgenkirchstraße 50, beim Alexanderplatz 9-12, 3-6. Sendungen von außerhalb ohne vorherige Anfrage nicht erwünscht.

Spezialarzt Dr. med. Coleman f. Geschlechtskrankh., Haut-, Harn-, Frauenleid., nerv. Schwäche, Boinkranke, Ehrlich-Hata-Kuren (Dauer 12 Tage). Behandlung schnell, sicher u. schmerzlos oh. Berufsstör. i. Dr. Homeyer & Co. konz. Labor. f. Blutunters., Fäden im Harn usw. gegenüber Panoptikum Ecke Neue Friedrichstr. 81, Königstr. 34-36, Sonnt. 10-1. Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1. Honorar mäßig, auch Teilzahl. — Separates Damenzimmer.

Stellmachereigrundstück Gebäude maß., i. gr. Dorfe an Bahn u. Chaussee, gr. Grundstück, elektr. Betrieb, für circa 6000 M. Holzporrute, 8 Morg. erstkl. Land, direkt a. Hause, 18 Morg. zweischichtige Wiese, 3 Stück Hühner, 4 Schweine, 2 Huchstänne und Kühner, Preis 32 000 M. bei 15 000 M. Anzahlung. Otto Gastke, Wilhelmstraße bei Paeckwall i. P., Tel.: 70712 Nr. 8. Bahnstation Sandhörn.

Sozialdemokratischer Verein für Berlin IV. (Sozialdemokratische Partei Deutschlands.) Mittwoch, den 11. Juli, abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlungen. Köpenicker Viertel, bei Brühl, Kussauer Str. 1, abends 8 Uhr. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Parteitag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Görlitzer Viertel, bei Daus, Lantiger Straße 46. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Hat der gegenwärtige Krieg uns von der Verwirklichung des Sozialismus entfernt oder näher gebracht? Stralauer Viertel, bei Rah, Barthauer Straße 57. Tagesordnung: 1. Mitteilungen. 2. Stellungnahme zur Generalversammlung. 3. Verschiedenes. Frankfurter Viertel, bei Boer, Heberstr. 17. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Sassen: „Das Friedensmemorandum der Sozialdemokratie.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Landsberger Viertel, im Glimm, Landsberger Allee 40. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Reichstagsabgeordneten G. Davidsohn. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Petersburger Viertel, im Lokal von Karl Kühn, Schreinerstr. 58. Genossen und Genossinnen, die auf dem Boden der Sozialdemokratischen Partei stehen, sind als Gäste in allen Versammlungen willkommen. Beiträge sowie Neuaufnahmen werden entgegengenommen. 217/5* Der Vorstand.

Bringt Euern Goldschmud den Goldankaufstellen!

Orientalische Gesichtsmaille macht die Haut neu und samtweich, glättet jede Runzel. Nur allein echt bei Fatma R. Bich, Charlottenburg V., Weimarer Str. 28. Viele Dankschreiben.

Billige Kassepreise Bequeme ratenweise Tilgung Grosse Auswahl Ausstellung in uns. Schaufenstern Jonass & Co. BERLIN P. 91, Belle-Alliance-Str. 7-10

Tabake für Selbstverbraucher in 1/16, 1/8 und 1/4 Paketen, fein, mittel, grob 45, 50, 60, 65, 70, 75, 85 Pf. 51032* W. Giesner, Dessau V, Sedanstr.

Westmann's Trauermagazin Größte Auswahl. Billigste Preise. I. Mohrenstraße 37a (Kolonnaden) II. Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.) Auswahlsendungen sofort. Amt Zentrum 7890. Sonntag 12-2 Uhr geöffnet.

Weibliche Arbeitskräfte für dauernd gesucht. Insbesondere: Packerinnen, Banderoliererinnen, Tabaksortiererinnen, Kartonnagenmacherinnen, Maschinen-Hilfsmädchen, auch ungeübte Mädchen werden angelernt. Manoli-Zigarettenfabrik Berlin SO 16, Rungestraße 22/24 Manolihaus. 2550L*

Zähne mit u. ohne Platte, mit echt. Friedenskautschuk, Goldkronen, Brücken, Plomben, Umarbeitung schlechtsitz. Gebisse, Reparatur, sof. Zahnärztin I. Heilung. Billige Preise, auch Teilzahl. Tel. Nord 10438. Persönl. nur Rosenthalerstr. 69-70 Sonntags 10-12 z.sprech.

Münzen kauft Ball, Münzenhdg., Berlin Wilhelmstr. 46/47. 12 2*

